

Anträge

Inhaltsverzeichnis

A - Allgemeine Anträge

Antragsnummer	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
A01	Migrationspolitik 1 Deniz Celik, Marco Hosemann, Bezirksmitgliederversammlung Die Linke Hamburg-Nord, Bezirksvorstand Nord	3
A02	Migrationspolitik 2 Elias Gläsner, Lutz Lorenz, Victoria Mader, Saskia Mestern, Till Petersen, Lucas Ribeiro, Thorben Schulz, Olaf Walther, Bezirksmitgliederversammlung Die Linke Hamburg Nord	6
A03	Sozialticket beim HVV Gerald Kemski-Lilleike, Rainer Benecke, LAG Senior*innenpolitik	10
A04	Klimaanpassungsmaßnahmen in Hamburg Gerald Kemski-Lilleike, Rainer Benecke, LAG Senior*innenpolitik	11
A05	Hamburgs Hochschulen retten! Wer an Wissenschaft spart, spart an Zukunft, Demokratie und Gerechtigkeit Luzian Massarrat, Sabine Ritter	13
A06	Verteidigung der Verfassung nicht den Regierungen überlassen: Parteiverbotsantrag per Volksbegehren! Luzian Massarrat, Quentin Villwock, Laura Herbster, LAG Antifa	16
A07	Armut ist politisch gewollt! Schluss mit Sanktionen und sozialer Kälte Toni Fochmann, Lisa Grötzner, Kevin Vollbrich, LAG Die Linke hilft	18
A08	BGG-Reform und Unterstützung von Protesten Jasmin Subklewe, LAG Inklusion	20
A09	Linke Zukunft in Hamburg und überall: „...Erkenne deine Macht“ Wilfried /John/ Hardt	22
A10	Digitale Selbstbestimmung und Resilienz: Öffentliches Geld für öffentlichen Code! Marie Kleinert, LAG Netzpolitik	25
A11	Schluss mit Symbolpolitik! Plattformen regulieren statt Jugendliche ausschließen Sarah Reinhardt, Luzian Massarrat, Beat Schaible	28
A12	Organisierende Klassenpartei braucht Fokus und Struktur Berno Schuckart-Witsch, LAG Betrieb und Gewerkschaft	33
A13	Solidarität mit Sexarbeiter*innen Landesvorstand	35
A14	Technik ist politisch: Brecht die Macht von Whatsapp! Steffen Hainke, LAG Netzpolitik	38
A15	Krieg der Reichen, Krise der Vielen – Wir bezahlen nicht für eure Kriege! Ann-Christin Dimon, Jan Walenda	42
A16	Menschenrechte verteidigen, Partizipation unterstützen - Migrationsfeindliche Politik in Hamburg bekämpfen Dr. Carola Ensslen, LAG Flucht und Migration	44

Antragsnummer	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
A18	Für eine friedensorientierte Westasienpolitik – Völkerrecht achten, Zivilgesellschaft in Iran, Libanon und Syrien stärken Landesvorstand	47
A19	Verteidigung unserer demokratischen Parteistruktur gegen Verschwörungserzählungen Gernot Wolter, Eckart Wagner, Gernot Wolter, Peter Alexander, Rhia Baguley, Rainer Behrens, Verena Brachvogel, Vanessa Düren, Carola Ensslen, Margret Geitner, Hila Latifi, Jasmin Subklewe	50
A20	Für gleiche Rechte im Nahen Osten – gegen jeden Rassismus und Antisemitismus Geschäftsführender Landesvorstand	52
A21	Antifaschistische Mobilisierung organisieren: gemeinsam dem Rechtsruck widersetzen David Stoop, LAG Antifa, LAG Bewegungslinke	59
A22	Resolution/Antrag: Solidarität mit Kuba – US-Imperialismus bekämpfen, Blockade beenden und Perspektiven schaffen! David Stoop, LAG Bewegungslinke, LAG Völkerrecht	60
A23	Der Einsatz für Frieden und gegen die Wehrpflicht ist praktisch: Kriegsdienstverweigerungsberatung in Hamburg jetzt einrichten Olga Fritzsche, Mesut Demirtas, David Stoop, Jan Libbertz, LAG Linke hilft	62
A24	Rüstungsindustrie enteignen und eindämmen! Gerd-Hinrich Schnepel	64
A25	Gemeinsam für Sozialstaat statt Kürzungs- und Rüstungsstaat AG Studierendenpolitik	66
A26	Das Scheitern der US-Politik, der Aufbruch der Völker und die Rolle der Linken AG Studierendenpolitik	69

Antrag A01: Migrationspolitik 1

Laufende Nummer: 8

Antragsteller*in:	Deniz Celik, Marco Hosemann, Bezirksmitgliederversammlung Die Linke Hamburg-Nord, Bezirksvorstand Nord
Unterstützer*innen:	Ann-Christin Dimon, Axel Hopfmann, Jan Libbertz, Kevin Vollbrich, Leon Carol Gauer, Marie Kleinert, Olga Fritzsche, Sophie Sengpiel, Toni Fochmann, Zaina Batool
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Für eine humane und menschenrechtliche Geflüchteten- 2 und Migrationspolitik

3 Die Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD höhlt das Recht auf Asyl und Flucht
4 weiter aus: Zurückweisung auch von Asylsuchenden an der Grenze, Aussetzung des
5 Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte, Beendigung der freiwilligen
6 Aufnahmeprogramme (Afghanistan), eine „Rückführungsoffensive“, Abschaffung des
7 verpflichtenden Rechtsbeistands vor Abschiebungen, eine bundesweite Einführung
8 der Bezahlkarte, Ausweitung der Möglichkeiten der Abschiebehaft. Damit wird das
9 rechtsextreme Narrativ vollständig übernommen, rassistische Ressentiments
10 bedient und eine weitere Eskalationsstufe der autoritären und repressiven
11 Abschottung gegenüber schutzsuchenden Menschen erreicht.

12 Dies sind die vorläufigen Höhepunkte einer systematischen Demontage des Rechts
13 auf Asyl und Flucht seit dem sog. Asylkompromiss von 1993 mit der Einführung der
14 Drittstaatenregelung. Seitdem folgten weitere Gesetzesverschärfungen bis hin zu
15 den Asylpaketen I und II von 2015 und 2016 und dem „Gesetz zur bessern
16 Durchsetzung der Ausreisepflicht“ von 2017. Mit dem Gemeinsamen Europäischen
17 Asylrecht (GEAS), das 2026 in Kraft treten soll, findet eine nochmalige
18 Aushöhlung des Rechts auf Asyl und Flucht statt. Verstärkte Grenzkontrolle und
19 Überwachungsmechanismen (z. B. Drohnen), der Bau von Internierungszentren an den
20 EU-Außengrenzen und verstärkte Abschiebungen in Herkunftsländer und Drittstaaten
21 ziehen die Mauern um die „Festung Europa“ noch weiter hoch. Die Folgen werden
22 noch mehr Tod, Elend und Leid sein.

23 Die Linke hat alle diese Angriffe auf das Recht auf Asyl und Flucht abgelehnt.
24 „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ – dieser unbedingte Satz des
25 Grundgesetzes war Konsequenz aus Faschismus, Krieg, Verfolgung und Vertreibung.
26 Wir fordern die volle Wiederherstellung des individuellen Asylrechts. Krieg,
27 Verlust der Lebensgrundlage durch Klimawandel und ausbeuterische
28 Wirtschaftspolitik müssen als Fluchtgrund anerkannt werden.

29 Wir bekämpfen Fluchtursachen, nicht Geflüchtete. Deshalb streiten wir für faire,
30 nicht- ausbeuterische Handelsbeziehungen und wenden uns gegen die Ausbeutung und

31 Naturzerstörung von Ländern des globalen Südens durch international agierende
32 Konzerne. Statt der Befeuerung von Kriegen durch Waffenexporte fordern wir
33 diplomatische und zivile Konfliktlösungen.

34 Wir wenden uns gegen den von der AfD eingeführten und mittlerweile von CDU bis
35 Grünen übernommenen Kampfbegriff von der „irregulären Migration“. Da es so gut
36 wie keine legalen und sicheren Fluchtwege gibt, reisen Geflüchtete zwangsläufig
37 ohne einen gültigen Aufenthaltstitel ein. Mit der Stellung eines Asylantrags
38 erhalten sie aber unmittelbar einen legalen Aufenthaltsstatus. Mit der
39 Zurückweisung an der Grenze soll ihnen jedoch das Asylrecht verweigert werden.
40 Dies ist auch ein Verstoß gegen die Genfer Flüchtlingskonvention, die in Art. 31
41 Maßnahmen gegen Geflüchtete wegen „unrechtmäßiger Einreise“ verbieten, sofern
42 sie die Gründe für ihre Einreise darlegen. Wir fordern deshalb sichere und legale
43 Fluchtwege wie die Erteilung humanitärer Visa, humanitäre Korridore,
44 Aufnahmeprogramme, die Ausweitung der Resettlementprogramme der UN,
45 Familiennachzug, die Ermöglichung der Einreise zum Zwecke der Arbeitssuche und
46 staatliche Seenotrettungsprogramme statt Frontex.

47 Geflüchtete verursachen nicht die Wohnungsnot, schlecht ausgestattete Schulen und
48 Bildungseinrichtungen, ein unzureichendes Gesundheitswesen und ein schlechtes
49 öffentliches Verkehrsangebot. Sie bewirken auch nicht die unzureichende
50 Personalausstattung öffentlicher Einrichtungen. Die Gründe für diese Missstände
51 liegen in Jahrzehnten neoliberaler Politik, dem Rückgang des öffentlichen und
52 sozialen Wohnungsbaus, unterlassene Investitionen in die öffentliche
53 Daseinsvorsorge und schlechte Arbeitsbedingungen. Deshalb fordern wir eine
54 bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen. Kommunen, die Geflüchtete
55 aufnehmen, sollen zusätzliche Mittel für den Ausbau ihrer kommunalen
56 Infrastruktur erhalten.

57 Diskriminierende Sonderregelungen für Geflüchtete müssen abgeschafft werden.
58 Dazu gehört das Asylbewerberleistungsgesetz. Die Regelsätze nach diesem Gesetz
59 liegen noch unter denen des Bürgergelds. Schon 2012 stellte das
60 Bundesverfassungsgericht fest, die Menschenwürde sei „migrationspolitisch nicht
61 zu relativieren“. Die neu eingeführten Leistungskürzungen auf Null bei
62 sogenannten Dublin-Geflüchteten muss sofort zurückgenommen werden. Gleiches gilt
63 für die Regelung, wonach Schutzsuchende über 36 Monate nur eingeschränkte
64 medizinische Leistungen erhalten. Wir fordern die Abschaffung der
65 diskriminierenden Bezahlkarte und der Residenzpflicht.

66 Erwerbslosigkeit ist nicht die Folge von Einwanderung, sondern Resultat
67 kapitalistischer Profitwirtschaft. Im Gegenteil: in vielen Bereichen herrscht
68 Arbeitskräftemangel. Statt Geflüchtete zu Sündenböcken zu machen, fordern wir
69 die Aufhebung diskriminierender Regelungen wie dem Arbeitsverbot für
70 Asylsuchende vom ersten Tag an. Notwendig sind eine erleichterte Anerkennung von
71 Berufsabschlüssen, Möglichkeiten der Weiterqualifizierung und besser Bedingungen
72 für den Erwerb der deutschen Sprache. Die oftmals prekäre Lebenssituation von
73 Geflüchteten darf nicht zu Lohndrückerei, illegaler Beschäftigung führen.
74 Deshalb treten wir für einen gemeinsamen Kampf für bessere Arbeitsbedingungen,
75 Tarifbindung, einen existenzsichernden Mindestlohn, gesicherte Arbeitsplätze,
76 eine Ausweitung der Mitbestimmung und gegen die Aushöhlung des

77 Arbeitszeitgesetzes ein. Denn die Grenzen verläuft nicht zwischen
78 Nationalitäten, sondern zwischen oben und unten.

79 Im „Erfurter Programm“ der Linken heißt es unter der Überschrift „Migration und
80 Integration als soziale und demokratische Frage – offene Grenzen für Menschen in
81 Not!“. „Deutschland ist ein Einwanderungsland. Die Linke lehnt eine Migrations-
82 und Integrationspolitik ab, die soziale und politische Rechte danach vergibt, ob
83 Menschen für das Kapital als „nützlich“ oder „unnützlich“ gelten. Wir wollen die
84 soziale und politische Teilhabe für alle in Deutschland lebenden Menschen
85 erreichen.“ Weiter heißt es dort zusammen mit der Forderung nach offenen
86 Grenzen: „Schutzsuchende dürfen nicht abgewiesen werden.“ Dies war und ist
87 Leitschnur unseres politischen Handelns.

88 Reformprojekte für eine Öffnung von Grenzen müssen mit Maßnahmen sozial-
89 ökologischer Transformation verbunden werden. Denn unter weiter andauernden
90 neoliberalen Verhältnissen drohen offene Grenzen zu einer verschärften
91 Konkurrenz zwischen den schwächsten Teilen der Lohnabhängigen zu werden – auf
92 dem Arbeitsmarkt, dem Zugang zu (unterfinanzierten) öffentlichen
93 Infrastrukturen, dem Wohnungsmarkt etc. Der Aufstieg der AfD hat gezeigt, dass
94 dies zur Gefahr einer massiven wohlstandschauvinistischen und rassistischen
95 Mobilisierung und einer Faschisierung der Gesellschaft führt. Schritte zu
96 globaler Bewegungsfreiheit müssen deshalb u.a. mit massiven Investitionen in die
97 öffentliche Infrastruktur verbunden werden, um die Grundbedürfnisse in den
98 Bereichen Bildung, Wohnen, Verkehr und Gesundheit kostengünstig im besten Fall
99 unentgeltlich befriedigen zu können. Für uns darf es keinen Widerspruch zwischen
100 Menschenrecht und Handlungsfähigkeit geben. Handlungsfähigkeit in der
101 Migrationspolitik bedeutet für uns: Bedingungen zu schaffen, unter denen das
102 Menschenrecht auf Einwanderung mit sozialer Sicherheit und einem würdigen Leben
103 verbunden ist.

Hinweise der Antragskommission (für alle sichtbar)

Der Antrag war bereits eingereicht zum letzten Landesparteitag im September 2025, wurde an den Landesvorstand überwiesen und dann vom Landesvorstand zurücküberwiesen an den Landesparteitag.

Antrag A02: Migrationspolitik 2

Laufende Nummer: 9

Antragsteller*in:	Elias Gläsner, Lutz Lorenz, Victoria Mader, Saskia Mestern, Till Petersen, Lucas Ribeiro, Thorben Schulz, Olaf Walther, Bezirksmitgliederversammlung Die Linke Hamburg Nord
Unterstützer*innen:	Wilfried /John/ Hardt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Für eine radikalhumanistische Flüchtlings- und** 2 **Migrationspolitik**

3 Zu Zeiten tiefgreifender Krisen ist seitens interessierter Kreise in der
4 Gesellschaft (Reichtum, Konservatismus und liberale Marktgläubigkeit) angesagt,
5 mit allseitigen Verwirrungen dafür zu sorgen, daß die Krise nicht progressiv
6 (Allgemeinwohl auf nächster Stufe der allgemeinen Entwicklung) gelöst wird.

7 Eine treibende Kraft dieser Irritation ist die AfD, die mit ihrem völkischen
8 Rassismus die Menschenwürde missachtet, die Gleichheit vor dem Gesetz
9 fundamental verneint und damit erwiesenermaßen rechtsextrem ist. Sie hat
10 maßgeblich für eine durch und durch ideologische Problemverschiebung in der
11 öffentlichen Debatte und politischen Auseinandersetzung gewirkt: Die Migration
12 sei das Hauptproblem.

13 Wieder einmal sollen Sündenböcke dafür herhalten, von einer offenkundigen
14 Problemlage und ihren vernünftigen Lösungsmöglichkeiten und -erfordernissen
15 massiv abzulenken. Der AfD („Remigration“) springen CDU und FDP willig bei
16 („mehr abschieben!“) und SPD und Grüne fügen sich („wir schieben doch schon ab,
17 so gut wir können.“).

18 Dabei gilt nachweislich, dass durch das menschenunwürdige Prinzip „Abschieben,
19 abschieben, abschieben!“ weder mehr Sozialwohnungen entstehen, die Infrastruktur
20 saniert und modernisiert wird, noch Bildung, Kultur, Soziales und Gesundheit
21 entwicklungsadäquat öffentlich finanziert werden, weder neue nützliche
22 Arbeitsplätze entstehen, noch der Mindestlohn erhöht und Reichtum angemessen
23 besteuert wird, weder die Klimakrise zu überwinden ist und Kriege beendet
24 werden, noch das Nord-Süd-Gefälle ausgeglichen und der Geschichtsklitterung der
25 Ewigestrigen wirkungsvoll begegnet wird.

26 Die Linke Hamburg will daher radikalhumanistisch in die migrationspolitische
27 Debatte eingreifen, für ein aufgeklärtes Menschenbild wirken, die realen
28 Ursachen der Krise benennen und für soziale, demokratische und kulturelle
29 Verbesserungen kämpfen und Fluchtursachen überwinden.

30 Eckpunkte einer migrationspolitischen Offensive der Linken sind:

31 **1. Volle Wiederherstellung des Asylrechts.**

32 Im Grundgesetz von 1949 hieß es schlicht: „Politisch Verfolgte genießen
33 Asylrecht.“ Dieses unbedingte Asylrecht war Konsequenz aus Faschismus, Krieg,
34 Verfolgung und Vertreibung. Es ist vollständig wieder herzustellen. Seine
35 Revision mit der Grundgesetzänderung von 1993 (euphemistisch „Asylkompromiss“)
36 war ein erbärmlicher Kotau vor rassistischen Aggressionen in Folge der sozialen
37 Verwerfungen nach dem Anschluss der ehemaligen DDR an die BRD – ein „Kompromiss“
38 mit brutalen Folgen für Menschen auf der Flucht und erheblichen politischen und
39 kulturellen Schaden für die Gesellschaft.

40 **2. Ausweitung des Asylrechts auf Menschen, die vor Krieg fliehen**

41 Absichtsvoll verheimlicht und verschleiert wird meist, daß die Hauptursache für
42 Flucht Kriege sind, daß die meisten Menschen in andere Teile des Landes oder
43 benachbarte Länder fliehen, daß die Kriege von hier aus, vorsichtig formuliert,
44 begünstigt oder mitgeführt werden, daß ungehemmte Waffenlieferungen zu
45 Fortsetzung und Eskalation der militärischen Auseinandersetzungen maßgeblich
46 beitragen und politische, diplomatische und zivile Konfliktlösungen massiv
47 behindern.

48 Kriege sind politische Entscheidungen und die größte Bedrohung für Leib und
49 Leben. Sie sind als Fluchtgrund und Begründung des Anspruchs auf Asyl
50 uneingeschränkt anzuerkennen.

51 **3. Einwanderung ohne Restriktionen**

52 Die Unterscheidung zwischen erzwungener und freiwilliger Migration ist
53 prinzipiell heikel. Flucht vor Krieg, vor Armut oder regionalen Folgen der
54 Klimaveränderung gilt bereits als „freiwillig“. Es sind in der übergroßen
55 Mehrheit gewichtige Gründe schwer zumutbarer Lebensbedingungen, die Menschen
56 dazu bewegen, ihren Lebensmittelpunkt zu verlegen und humanere Verhältnisse an
57 einem neuen Orten zu suchen.

58 Klimawandel, wachsende globale soziale Ungleichheit, die Zuspitzung gewaltsamer
59 regionaler und internationaler Konflikte habe ihren Ausgangspunkt in der
60 Ausbeutung von Mensch und Natur – maßgeblich durch das große Kapital der
61 industriellen Zentren –, in kolonialer Geschichte, in imperialistischer
62 Gegenwart, in erpresserischen Handelsverträgen.

63 Der gesellschaftliche Reichtum, der sich in den Industriestaaten verdichtet und
64 auch dort erheblich ungleich verteilt ist, wurde und wird von der großen
65 Mehrheit der Menschen in globaler Arbeitsteilung geschaffen. Wer dazu an welchem
66 Ort beigetragen hat, ist dem Zufall der Geburt geschuldet. Wer in welchem Maß
67 dazu beigetragen hat, der Klassenzugehörigkeit – der Sklave aus dem Senegal, der
68 Bauer auf Kuba, der Arbeiter in Deutschland und der Schriftsteller aus
69 Frankreich haben gegeben; der Plantagenbetreiber Robert „King“ Carter, United
70 Fruits Gründer Minor C. Keith, Stahlmagnat Gustav Krupp von Bohlen und Halbach
71 und Amazons Jeff Bezos haben genommen.

72 Jedes in der vorherrschenden Debatte aufgeworfene Kriterium (meist
73 „Verwertungstauglichkeit“) der möglichen Selektion nach legitimer und
74 illegitimer Gründe, „guten“ und „schlechten“ Migrant:innen entbehrt daher einer
75 analytischen Grundlage nach humanen Maßstäben. (Allein für Steuerflüchtige wäre
76 die Linke für Abschiebung zu gewinnen.)

77 Die Linke Hamburg tritt für das uneingeschränkte Recht auf Einwanderung ein.

78 **4. Nicht Menschen, sondern unmenschliche Verhältnisse sind eine**
79 **Belastung – Miteinander für radikale Reformen**

80 „Aber es kann doch nicht jeder zu uns kommen!“

81 Erstens: Nicht jeder Mensch auf diesem Globus will zu „uns“ – also in die BRD
82 einwandern.

83 Zweitens: Warum eigentlich nicht?

84 **Kommunen:** sind nicht deswegen in der Bredouille, weil Asylsuchende und Migranten
85 irgendwo leben müssen, sondern weil die Politik der Schuldenbremse die
86 öffentliche Infrastruktur zerstört. Die Schuldenbremse ist ersatzlos zu
87 beseitigen, Reichtum angemessen zu besteuern und der Anteil der Kommunen an den
88 Steuereinnahmen zu erhöhen, damit u.a. Schulen und Hochschulen, Bücherhallen,
89 Schwimmbäder, Theater, Museen und Konzerthäuser, Jugend- und Kulturzentren,
90 flächendeckende und umfassende regionale Gesundheitsversorgung und ein gut
91 ausgebautes Straßen- und Wegenetz sowie ein kostengünstiger ÖPNV in öffentlicher
92 Hand ermöglicht werden.

93 **Tendenzielle Vollbeschäftigung:** Erwerbslosigkeit ist nicht Folge von
94 Einwanderung, sondern Ergebnis steter Verschlechterungen der in
95 Klassenauseinandersetzung er- kämpften Arbeits- und Lohnverhältnisse in den
96 vergangenen 40 Jahren. Radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Personal- und
97 Lohnausgleich und die Erhöhung des Mindestlohns sind von entscheidender
98 Bedeutung für eine Entwicklung hin zu Vollbeschäftigung, erweiterter
99 Mitbestimmung und besseren Arbeitsbedingungen. Dem Teile-und-herrsche entgegen
100 ist das ein gemeinsamer Kampf unabhängig von Pass und Herkunft.

101 **Menschenrecht auf Wohnen:** Wohnungsmangel und teurer Wohnraum wird nicht
102 verursacht von Wohnungssuchenden, sondern ist dem Privateigentum und der
103 Monopolisierung des Immobilienbestands und von Grund und Boden geschuldet. Die
104 Enteignung der großen Wohnungskonzerne und der massive Ausbau des sozialen
105 Wohnungsbaus in öffentlicher Hand sind wesentlich durchzusetzen für das
106 Menschenrecht auf Wohnen und ebenso günstigen wie komfortablen Wohnraum für
107 Alle.

108 **Menschenwürdige Gesundheitsversorgung:** Miserable Gesundheitsversorgung
109 resultiert nicht daraus, dass auch Menschen aus anderen Ländern zum Arzt gegen
110 müssen. Die Rekommunalisierung der Krankenhäuser, die Abschaffung der
111 Fallpauschalen und das Verbot des Gewinnprinzips bei Krankenhäusern,
112 Pflegeeinrichtungen und Gesundheitszentren sind entscheidend für ein
113 menschenwürdiges Gesundheitssystem für Alle.

114 **5. Menschenwürde statt Demütigung**

115 Der Sündenbock ist nach jüdischer Überlieferung – heutzutage aber eine weltliche
116 Symbolik – ein Ziegenbock, dem stellvertretend alle Sünden der Bevölkerung oder
117 eines Problemkreises übertragen werden und der damit in die Wüste geschickt
118 wird. Diese Stelle kann auch einem Menschen oder ebenso Menschengruppen
119 aufgeladen werden. Von AfD und bis zum künftigen Kanzler Friedrich Merz (CDU)
120 werden Reaktionäre nicht müde, mit wachsender Menschenfeindlichkeit Rassismus zu

121 entfachen. Nicht Kriege (Traumatisierung), Despotien und soziales Elend,
122 überdies eine hiesige prekäre Lage und der soziale Grundkonflikt zwischen
123 Privateigentum und der großen Mehrheit seien das Problem, sondern das genuin
124 Böse bestimmter ausländischer Menschengruppen.

125 Dabei ist klar: die Konfliktlinien verlaufen materiell zwischen oben und unten,
126 politisch zwischen links und rechts. Nicht nur haben rumänische, türkische und
127 deutsche Arbeiter ein gemeinsames Interesse, das im Gegensatz steht zu dem der
128 Konzernbesitzer. Auch haben der katholische Opus-Dei-Priester aus Köln, der
129 rückwärtsgewandte Salafist aus Kairo und der evangelikale Abtreibungsgegner aus
130 Schwaben einerseits und die vielfältigen internationalen Teilnehmer einer 1.
131 Mai-Demo oder des Ostermarschs andererseits erheblich größere politisch-
132 kulturelle Übereinstimmung als jeweils die Inhaber derselben Staatsbürgerschaft
133 untereinander.

134 Rassismus, Behördenschikane, häufig besonders prekäre Lebensbedingungen, aber
135 auch gönnerhaftes Wohlwollen der „Einheimischen“ sind Teil alltäglicher
136 Demütigung, bringen Verzweiflung hervor und verdienen die schärfste
137 Gegnerschaft.

138 Die LINKE engagiert sich daher im internationalistisch-solidarischen Kampf für
139 Frieden sowie soziale, kulturelle und demokratische Verbesserungen. Die Würde
140 des Menschen verwirklicht sich in der Bedeutung eines jeden – unabhängig von
141 Herkunft und Staatsbürgerschaft – für die Gestaltung einer freundlicheren Welt.

142 „Deutsche Hörer, Europa wird sozialistisch sein, sobald es frei ist. Der soziale
143 Humanismus war an der Tagesordnung, er war die Vision der Besten in dem
144 Augenblick, als der Faschismus seine schielende Fratze über die Welt erhob. Er,
145 der das wahrhaft Neue, Junge und Revolutionäre ist, wird Europa seine äußere und
146 innere Gestalt geben, ist nur erst der Lügenschlange das Haupt zertreten.“ –
147 Thomas Mann, „Deutsche Hörer“, Radioansprachen aus dem Exil, 1940-1945, hier
148 28.3. 1944.

Begründung

Der beschlossene Leitantrag des letzten Landesparteitags im November 2024 enthält den umstrittenen Satz: „Ein linkes Einwanderungskonzept, das die Brücke schlägt zwischen Menschenrecht und Handlungsfähigkeit, tut Not.“

Damit wird sich nicht nur unwürdig mit dem Staat identifiziert, sondern auch der Rechten Mär eines in der Migrationspolitik bestehenden Widerspruchs zwischen Menschenrecht und Handlungsfähigkeit auf den Leim gegangen. Jede rechtliche Beschränkung der Migration verleiht der bestehenden Ungleichheit nach Herkunft und Staatsangehörigkeit Legitimität. Menschenrechte sind jedoch unteilbar.

Der Antrag dient der Klärung und Klarstellung.

Hinweise der Antragskommission (für alle sichtbar)

Der Antrag war bereits eingereicht zum letzten Landesparteitag im September 2025, wurde an den Landesvorstand überwiesen und dann vom Landesvorstand zurücküberwiesen an den Landesparteitag.

Antrag A03: Sozialticket beim HVV

Laufende Nummer: 10

Antragsteller*in:	Gerald Kemski-Lilleike, Rainer Benecke, LAG Senior*innenpolitik
Unterstützer*innen:	Ann-Christin Dimon, Axel Hopfmann, Christin Feiler-Siegert, Gernot Wolter, Jasmin Subklewe, Kevin Vollbrich, Leo Müller, Leon Carol Gauer, Lisa Grötzner, Luna Jasmin Kiehn, Maik Hagen, Marie Kleinert, Nicole Caputo, Norbert Grosz, Olga Fritzsche, Rainer Behrens, Rhia Baguley, Sophie Sengpiel, Toni Fochmann
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Sozialticket beim HVV**

- 2 Die Linke Hamburg fordert für den Bereich des HVV, dass das Sozialticket für
- 3 Bezieher*innen von Bürgergeld/Grundsicherung sowie Grundsicherung im Alter
- 4 künftig unentgeltlich ist.
- 5 Die Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert sich dafür entsprechend einzusetzen.

Begründung

Das gegenwärtige Sozialticket beim HVV (Deutschlandticket abzgl. Zuschuss von 35,50 EUR) hat seinen Namen nicht verdient.

Von 2023 bis 2026 ist das Sozialticket von EUR 19,00 auf EUR 27,50 gestiegen. In dieser Höhe von einem Sozialticket zu sprechen ist schon vermessen. Vor dem Hintergrund der Einkommenssituation von Empfänger*innen von Bürgergeld/Grundsicherung ist klar, dass sich viele der Berechtigten das Ticket für 27,50 EUR nicht leisten können.

Die Grundlage für die letzte Erhöhung des Sozialtickets liegt darin, dass der Senat den Zuschuss für das Sozialticket seit 2025 auf EURO 35,50 gedeckelt hat und somit jede weitere Erhöhung beim Deutschlandticket in vollem Umfang an die Nutzer*innen weitergereicht wird.

Eine komplette Finanzierung des Sozialtickets aus Mitteln der Freien und Hansestadt Hamburg wäre möglich.

Andere Metropolen machen es vor, in Luxemburg, Zagreb, Prag, Budapest fahren Senior*innen, behinderte Menschen und Empfänger*innen von Sozialleistungen unentgeltlich im Verkehrsverbund.

Antrag A04: Klimaanpassungsmaßnahmen in Hamburg

Laufende Nummer: 11

Antragsteller*in:	Gerald Kemski-Lilleike, Rainer Benecke, LAG Senior*innenpolitik
Unterstützer*innen:	Ann-Christin Dimon, Axel Hopfmann, Christin Feiler-Siegert, Claudia Falk, Gernot Wolter, Jasmin Subklewe, Leo Müller, Leon Carol Gauer, Lisa Grötzner, Maik Hagen, Marie Kleinert, Nicole Caputo, Norbert Grosz, Rainer Behrens, Rhia Baguley, Toni Fochmann, Wilfried / John/ Hardt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Klimaanpassungsmaßnahmen in Hamburg**

- 2 Die Linke Hamburg setzt sich in allen Bezirken und Basisorganisationen sowie den
- 3 Bezirksfraktionen für barrierefrei zugängliche Trinkwasserspender und
- 4 öffentliche Toiletten als nachhaltige Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel
- 5 und dessen Folgen für die Hamburger Bevölkerung ein.
- 6 Die Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert, sich für die Zuteilung
- 7 ausreichender Haushaltsmittel einzusetzen.

Begründung

Die größte gesundheitliche Gefahr, die vom fortschreitenden menschengemachten Klimawandel für die Gesamtbevölkerung ausgeht, aber insbesondere für vulnerable Gruppen bereits besteht, liegt in der hohen Hitzebelastung. Gesundheitliche Auswirkungen der immer häufigeren, längeren und heißeren Hitzewellen, gerade im dicht versiegelten und bebauten Stadtgebiet sind zum Beispiel Dehydrierung, Hitzekollaps, Nierenschäden, Verschlimmerung chronischer Krankheiten und vorzeitiger Tod.

Um der staatlichen Verpflichtung der öffentlichen Daseinsvorsorge zu genügen, ist es unabdingbar, dass es flächendeckend kostenfreien und barrierefreien Zugang zu Trinkwasser im öffentlichen Raum gibt. Die rechtlichen Grundlagen sind vorhanden, jedoch nicht vollständig umgesetzt:

- EU Trinkwasserrichtlinie 2020, umgesetzt im
- Wasserhaushaltsgesetz WHG §50 (2023) des Bundes, umgesetzt in
- Hamburgisches Klimaschutzgesetz § 5 (2025)

Andere Metropolen machen es vor:

Trinkwasserspender:

- **Wien** (Wiener Wasser, über 1.500 öffentliche Zapfstellen, Nebelduschen, 24/7)
- **Berlin** (Berliner Wasserbetriebe, 200+ Brunnen ☺ stark wachsend)
- **Zürich** (über 1.200 Brunnen, 24/7, historisches Netz)
- **Paris** (Eau de Paris, „Eau de Paris Fontaine“, auch kohlenensäurehaltig)

Unterstützend zur barrierefreien Nutzung von Trinkwasserspendern im öffentlichen Raum ist es erforderlich, eine ausreichende Zahl an barrierefrei zugänglichen öffentlichen Toiletten bereitzustellen.

Die entsprechende staatliche Verpflichtung entsteht aus der EU-Kommunalabwasserrichtlinie 3019 (ErwGr. 39–41), die bis 2030 vollumfänglich umgesetzt sein muss. Trinkwasserspender **und** öffentliche Toiletten sind zwei Seiten derselben EU-Pflicht: Gesundheitsvorsorge, Gleichstellung und Teilhabe im öffentlichen Raum. Barrierefreiheit schließt Kostenfreiheit für die Nutzer:innen ein.

Beide Maßnahmen finden bereits Berücksichtigung im Hamburger Hitzeaktionsplan HAP und im Aktionsplan „Age-Friendly City“, sind bisher jedoch nicht annähernd im erforderlichen Rahmen umgesetzt, da bisher keine ausreichenden Haushaltsmittel bereitgestellt werden.

Antrag A05: Hamburgs Hochschulen retten! Wer an Wissenschaft spart, spart an Zukunft, Demokratie und Gerechtigkeit

Laufende Nummer: 14

Antragsteller*in:	Luzian Massarrat, Sabine Ritter
Unterstützer*innen:	Ann-Christin Dimon, Gernot Wolter, Léolo Jung, Leon Carol Gauer, Lisa Grötzner, Luna Jasmin Kiehn, Maik Hagen, Marie Kleinert, Nicole Caputo, Norbert Grosz, Olga Fritzsche, Toni Fochmann, Zaina Batool
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Hamburgs Hochschulen retten! Wer an Wissenschaft** 2 **spart, spart an Zukunft, Demokratie und Gerechtigkeit**

3 **Der Bildungs- und Forschungsstandort Hamburg kollabiert.** Die Hamburger
4 Hochschulen sind nicht am Limit, sie sind inzwischen darüber hinaus und im
5 freien Fall. Lehre und Forschung in Hamburg sind durch die Sparpolitik des Senats
6 unter massivem Druck. An der Universität Hamburg (UHH) etwa sind über 800
7 Stellen – darunter 80 Professuren – unbesetzt, Qualität von Studium und Lehre
8 leiden drastisch und die Studierbarkeit vieler Fächer ist so gefährdet, dass der
9 AStA von einem Studium an der UHH gar abrät. Umso erstaunlicher ist das vor dem
10 Hintergrund, dass die UHH als Exzellenz-Uni sogar erhebliche Finanzmittel des
11 Bundes erhält – auf die sich der Hamburger Senat so sehr verlässt, dass er die
12 Grundfinanzierung der Hochschule schleifen lässt. Die aktuellen Sparzwänge
13 führen zu sterbenden Studiengängen, unbesetzten Stellen, willkürlichem
14 Ausbleiben von Nachbesetzungen, kaputten Gebäuden und einem Verlust an Lehr- und
15 Forschungsqualität. Wenn unter solchen Bedingungen Exzellenz möglich sein kann,
16 dann allein auf Kosten der grundständigen wissenschaftlichen Arbeit.

17 **Den Hochschulen droht die neoliberale Kettensäge.** Forschende, Studierende und
18 Angestellte finden in SPD und Grüne keine Unterstützer*innen: Das Versprechen,
19 die Hochschulen endlich auszufinanzieren, bricht der Senat von Haushalt zu
20 Haushalt und fordert von den Hochschulen weitere massive Kürzungen. Diese
21 könnten etwa an der Fakultät Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften der UHH
22 zu Streichungen von knapp einem Viertel des Budgets führen, die die Fakultät
23 kaum überleben kann. Auch in den anderen Bereichen drohen die Einsparungen, zu
24 katastrophalen Wirkungen zu führen. Gleichermäßen erschreckend wie bezeichnend
25 ist, dass insbesondere Forschungsschwerpunkte, die sich kritisch mit der
26 deutschen Geschichte oder mit den Rechten von Minderheiten und marginalisierten
27 Gruppen befassen, Opfer der Sparpolitik werden; so etwa das Zentrum für
28 Disability Studies und die Forschungsstelle Hamburgs (post-)koloniales Erbe.
29 Dass die Hochschulen durch die staatlichen Sparmaßnahmen zukünftig noch stärker
30 von Drittmitteln, etwa Auftragsprojekten aus der Rüstungsindustrie, abhängig
31 werden, bedroht zudem die zivile Ausrichtung der Forschung und die

32 Wissenschaftsfreiheit. Eine Reduktion der Studierendenzahlen, wie die
33 Wissenschaftssenatorin sie fordert, oder Erhöhungen der Studierendenbeiträge wie
34 in Schleswig-Holstein verschärfen die Bildungsgerechtigkeit und erschweren es
35 Kindern aus Arbeiter*innenfamilien, zu studieren.

36 **Hamburg muss ein guter Ort für Forschung und Lehre bleiben!** Bildung und
37 Wissenschaft sind zentrale Träger einer aufgeklärten, demokratischen und
38 emanzipatorischen Gesellschaft. Die Wissenschaftsfreiheit war eines der ersten
39 Opfer der autoritären Trump-Regierung, wird von der rechtsextremen AfD
40 angegriffen und muss kompromisslos verteidigt werden. Ohne eine freie und gut
41 finanzierte Wissenschaft können globale und gesellschaftliche Herausforderungen
42 wie die Klimakatastrophe, die Bedrohung der Demokratie oder die weltweite
43 Ungerechtigkeit nicht gelöst werden. Gute Bildung ist das Fundament, auf dem
44 eine gerechte und zukunftsfähige Gesellschaft aufbaut. Sie ermöglicht
45 Emanzipation, Aufklärung, kritisches Denken und unterstützt die Entfaltung der
46 Persönlichkeit. Bildung ist zugleich Voraussetzung für demokratische
47 Partizipation: Durch sie lassen sich gesellschaftliche Entwicklungen verstehen
48 und mitgestalten. Auch eine erfolgreiche Volkswirtschaft ist ohne gute Bildung
49 nicht denkbar. Wenn Hamburg das Tor zur Welt sein will, muss es auch Tor zur
50 Welt der Wissenschaft bleiben und eine Anlaufstelle für internationale
51 Studierende und Forschende sein. Gerade kritische Wissenschaften sind in Zeiten
52 zunehmender Autokratisierung, Militarisierung und der Demontage einer
53 regelbasierten Weltordnung unverzichtbar für eine lebendige Zivilgesellschaft
54 und müssen ausgebaut werden.

55 **Darum müssen Hamburgs Hochschulen unbedingt endlich vollständig ausfinanziert**
56 **werden.** An der Uni Hamburg etwa fehlen aktuell ca. 26 Millionen Euro – diese 0,1
57 % des städtischen Haushalts sind uns Bildung und Wissenschaft allemal wert!
58 Zumal jeder Euro, der in Bildung investiert wird, das Zwei- bis Dreifache an
59 zusätzlicher Wertschöpfung erzeugt und dadurch nicht nur Lebensqualität, sondern
60 gesellschaftlichen Wohlstand schafft und zu höheren Steuereinnahmen in der
61 Zukunft führt. Die Hochschulen dürfen nicht gezwungen werden, nur ihren Mangel
62 zu verwalten und Kapazitäten abzubauen, sondern müssen ausreichend Mittel
63 erhalten, um frei zu forschen und gut zu lehren. Auch die Studierenden dürfen
64 nicht über erhöhte Semesterbeiträge gezwungen werden, die staatliche Aufgabe der
65 Hochschulfinanzierung zu übernehmen, sondern müssen finanziell entlastet werden.

66 Die Linke Hamburg nimmt sich vor:

- 67 1. Studierende, Forschende und Mitarbeitende bei Streiks, Kampagnen und
68 Aktionen zu unterstützen.
- 69 2. zu zukünftigen Hochschulaktionen aufzurufen und parteiintern zu
70 mobilisieren.
- 71 3. Studierende, Forschende und Mitarbeitende mit parlamentarischen Initiativen
72 zu unterstützen und so Transparenz über die anstehenden Prozesse zu
73 schaffen.

74 Die Linke Hamburg fordert:

- 75 4. das finanzielle strukturelle Defizit zu überwinden und die Hochschulen
76 vollständig auszufinanzieren.

- 77 5. die jährlichen Budgetsteigerungen zukünftig an den real steigenden Kosten
78 orientiert zu erhöhen.
- 79 6. die Mietpreise in den Wohnungen des Studierendenwerks auf den im BAföG-
80 Höchstsatz für Wohnen vorgesehenen Betrag von 380 € zu deckeln.
- 81 7. an den Mensen des Studierendenwerks nach niedersächsischem Vorbild täglich
82 ein gesundes, pflanzliches Hamburg-Menü anzubieten, das staatlich gefördert
83 zu einem Preis von höchstens 2,80 € angeboten wird.
- 84 8. den Verwaltungskostenbeitrag im Semesterbeitrag vollständig abzuschaffen.
- 85 9. Studierende und Mitarbeitende der Hochschulen stärker in
86 hochschulpolitische Prozesse einzubinden und ihre Position in der
87 Hochschuldemokratie zu stärken.
- 88 10. Studentisches Personal gerecht zu entlohnen und dafür einen Tarifvertrag
89 abzuschließen.
- 90 11. das Zentrum für Disability Studies (ZeDiS) dauerhaft zu finanzieren.
- 91 12. die Abwicklung der Forschungsstelle Hamburgs (post-)koloniales Erbe
92 rückgängig zu machen und sie dauerhaft zu finanzieren.

Antrag A06: Verteidigung der Verfassung nicht den Regierungen überlassen: Parteiverbotsantrag per Volksbegehren!

Laufende Nummer: 13

Antragsteller*in:	Luzian Massarrat, Quentin Villwock, Laura Herbster, LAG Antifa
Unterstützer*innen:	Ann-Christin Dimon, Christin Feiler-Siegert, Leo Müller, Lisa Grötzner, Luna Jasmin Kiehn, Maik Hagen, Nicole Caputo, Rhia Baguley, Toni Fochmann
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Verteidigung der Verfassung nicht den Regierungen** 2 **überlassen: Parteiverbotsantrag per Volksbegehren!**

3 Die Demokratie in Deutschland ist in Gefahr. Eine rechtsextreme Partei, deren
4 Programme und Rhetorik mit rassistischen, sexistischen, xenophoben und
5 antidemokratischen Positionen durchwirkt sind, erreicht inzwischen
6 deutschlandweit Wahlergebnisse, wie es sie seit den 1930er-Jahren nicht mehr
7 gegeben hat.

8 Warnende Stimmen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft ignorierend übernehmen
9 die Regierungsparteien zunehmend menschenfeindliche Positionen und torpedieren
10 Rechtsstaat, Zivilgesellschaft, Rundfunk, Wissenschafts- und Kunstfreiheit. Vor
11 diesem Hintergrund der völligen Verweigerung der Bundesregierung,
12 antifaschistische Wirtschaftspolitik und soziale Reformen umzusetzen sowie dem
13 rechten Kulturkampf mit feministischen, antirassistischen und progressiven
14 Positionen entschlossen entgegenzutreten, ist es nahezu ausgeschlossen, dass die
15 AfD geschwächt wird.

16 Um die Gefahren, die von der AfD ausgehen, wirksam und zeitnah zu bekämpfen, ist
17 ein Parteiverbotsverfahren notwendig. Alleine kann es gesellschaftlich
18 verankerten Rassismus und andere rechtsextreme Tendenzen nicht besiegen; ein
19 Verbot würde der Partei aber Medienmacht, parlamentarische Bühnen, erhebliche
20 Finanzmittel und bezahlte Stellen sowie ihre Deutungshoheit entziehen. Darum
21 legt es einen essentiellen Grundstein für den fortgeführten Kampf gegen den
22 Rechtsextremismus.

23 Gemäß § 43 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes (BVerfGG) sind Bundestag,
24 Bundesregierung und Bundesrat berechtigt, eine Prüfung der Verfassungsmäßigkeit
25 von Parteien beim Bundesverfassungsgericht zu beantragen. Dies führt dazu, dass
26 das Verbot einer Partei durch andere Parteien und ihre Politiker*innen
27 angestoßen werden muss. Auch wenn er nicht begründet sein muss, steht dadurch
28 natürlicherweise der Verdacht im Raum, Parteien wollten sich ihrer Konkurrenz
29 entledigen. Darüber hinaus sind die Parteien in der Frage des Parteienverbots
30 befangen, da es Einfluss auf ihre eigene Strategie, ihre inhaltliche Wirkmacht,
31 ihre eigene Verfassungsmäßigkeit, ihre Mehrheiten oder ihre

- 32 Regierungsbeteiligungen haben kann. Dies führt zu einer politischen und
33 teilweise parteitaktischen Blockade der juristischen Prüfung der AfD – und das,
34 obwohl der Schutz der Demokratie eine zentrale Lehre aus dem deutschen
35 Faschismus der Nationalsozialist*innen sein muss!
- 36 Eine weitere Instanz, die eine Prüfung des Parteienverbots durch das
37 Bundesverfassungsgericht anstoßen kann, könnte das Verfahren entpolitisieren und
38 den Logiken und Blockaden von (Regierungs-)Parteien entziehen. Artikel 20 Abs. 4
39 des Grundgesetzes (GG) gibt allen Deutschen das Recht zum Widerstand gegen
40 jede*n, der*die die demokratische Ordnung zu beseitigen versucht, sofern andere
41 Abhilfe nicht möglich ist. Im Kampf gegen Faschismus sind demnach nicht nur
42 Parlamente und Regierungen in der Pflicht, sondern er ist das Recht jedes*r
43 Einzelnen! Als Antifaschist*innen wissen wir, dass es eine mutige
44 Zivilgesellschaft braucht, um gegen Rechtsextremist*innen Widerstand zu leisten.
45 Da die Zivilgesellschaft nicht erst einschreiten können sollte, wenn anderen
46 Abhilfe nicht mehr möglich ist, soll § 43 BVerfGG dahingehend geändert werden,
47 dass auch über ein Volksbegehren der Antrag auf Entscheidung, ob eine Partei
48 verfassungswidrig ist, gestellt werden kann. In Anlehnung an den Vorschlag des
49 Vereins Mehr Demokratie e.V. zur Volksgesetzgebung bei Gesetzänderungen sollten
50 auch für den Prüfantrag an das Bundesverfassungsgericht 1 Millionen
51 Unterschriften innerhalb von neun Monaten notwendig sein. Durch die Höhe des
52 Quorums wird sichergestellt, dass ein Volksbegehren möglich ist, ohne dass mit
53 regelmäßigen auch sachlich unbegründeten Verbotsverfahren zu rechnen ist.
- 54 Eine solche Änderung würde nicht die juristischen Hürden zum Parteienverbot
55 absenken. Die Entscheidung darüber obliegt weiterhin dem
56 Bundesverfassungsgericht. Sie würde es aber erlauben, das juristische Verfahren
57 einzuleiten, ohne von den Parteien abhängig zu sein. Das stärkt nicht nur die
58 antifaschistische Zivilgesellschaft, sondern ermöglicht auch
59 Parteiverbotsverfahren gegen Regierungsparteien, die im aktuellen System quasi
60 undenkbar sind.
- 61 Die Linke Hamburg fordert:
- 62 1. Das BVerfGG soll dahingehend geändert werden, dass Anträge an das
63 Bundesverfassungsgericht auf Entscheidung, ob eine Partei verfassungswidrig
64 (Artikel 21 Abs. 2 GG) oder von staatlicher Finanzierung ausgeschlossen ist
65 (Artikel 21 Abs. 3 GG) auch durch ein Volksbegehren mit 1 Millionen
66 Unterschriften gestellt werden können.
 - 67 2. Hamburg muss sich der Initiative Bremens anschließen, um über eine Mehrheit
68 im Bundesrat ein AfD-Verbotsverfahren beim Bundesverfassungsgericht zu
69 beantragen.
- 70 Die Linke Hamburg nimmt sich vor:
- 71 3. in den Parlamenten auf eine Änderung des BVerfGG hinzuwirken.
 - 72 4. einen Antrag zur Änderung des BVerfGG an den Bundesparteitag zu stellen.

Antrag A07: Armut ist politisch gewollt! Schluss mit Sanktionen und sozialer Kälte

Laufende Nummer: 27

Antragsteller*in:	Toni Fochmann, Lisa Grötzner, Kevin Vollbrich, LAG Die Linke hilft
Unterstützer*innen:	Ann-Christin Dimon, Axel Hopfmann, Christin Feiler-Siegert, Clara-Sophie Baschant, Claudia Falk, Eckart Wagner, Jan Libbertz, Klaus-Peter Berndt, Leo Müller, Maik Hagen, Olga Fritzsche, Rhia Baguley, Xenija Melnik, Zaina Batool
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Neuregelung der Grundsicherung für Arbeitsuchende ist kein Fortschritt,
- 2 sondern ein bewusster sozialpolitischer Rückschritt. Unter Verantwortung der
- 3 Bundesregierung aus Union und SPD wird ein System fortgeführt und verschärft,
- 4 das auf Misstrauen, Kontrolle und Druck gegenüber Betroffenen basiert.
- 5 Statt Armut wirksam zu bekämpfen, wird sie politisch verwaltet, in Kauf genommen
- 6 und verstärkt. Während Reichtum geschützt und vermehrt wird, werden diejenigen,
- 7 die auf Unterstützung angewiesen sind, unter Generalverdacht gestellt. Diese
- 8 Politik ist Ausdruck einer gesellschaftlichen Machtverteilung, in der die
- 9 Interessen von Vermögenden und Unternehmen über die Bedürfnisse von Millionen
- 10 Menschen gestellt werden.
- 11 Die bestehende Grundsicherung ist kein neutrales Sicherungssystem, sondern ein
- 12 Instrument, um Druck auf Löhne auszuüben und Menschen in unsichere und schlecht
- 13 bezahlte Arbeit zu zwingen. Sanktionen, zu niedrige Regelsätze und entwürdigende
- 14 Verfahren sind Kern dieses Systems.
- 15 Wir stellen uns als Landesverband dieser Politik entschieden entgegen. Wir
- 16 kämpfen für einen grundlegenden Bruch mit der Logik von Hartz IV und seiner
- 17 Fortschreibung durch die Bundesregierung. Eine soziale Sicherung, die ihren
- 18 Namen verdient, muss Menschen vor Armut schützen, statt sie zu disziplinieren.
- 19 Das Existenzminimum ist durch Art. 1 Abs. 1 Grundgesetz (GG) in Verbindung mit
- 20 dem Sozialstaatsprinzip des Art. 22 Abs. 1 GG geschützt und darf nicht
- 21 relativiert oder unterschritten werden.
- 22 Bezüglich der geplanten Sanktionen von bis zu 100 % der Leistungen inkl. der
- 23 Kosten für Unterkunft, urteilte das Bundesverfassungsgericht bereits 2019, dass
- 24 diese unverhältnismäßig sind und gegen die Menschenwürde verstoßen. Diese stehe
- 25 demnach allen zu und werde selbst durch vermeintlich "unwürdiges" Verhalten
- 26 nicht verwirkt (vgl. BVerfG, 05. November 2019, 1 BvL 7/16). Jede Kürzung
- 27 existenzsichernder Leistungen ist damit ein direkter Angriff auf die
- 28 Menschenwürde. Totalsanktionen stehen darüber hinaus dem übergeordneten Ziel der
- 29 Beendigung oder Verringerung der Hilfebedürftigkeit insbesondere durch
- 30 Eingliederung in Arbeit entgegen, da die Sanktionen im schlimmsten Falle zur
- 31 Obdachlosigkeit der Betroffenen führen, was die Eingliederung in Arbeit
- 32 erheblich erschwert.

33 Ein Sozialstaat, der Menschen mit dem Entzug ihrer Lebensgrundlage droht,
34 verliert seine Legitimation. Stattdessen braucht es eine Grundsicherung, die
35 tatsächlich vor Armut schützt und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Die
36 Höhe der Leistungen muss sich an den realen Lebenshaltungskosten orientieren und
37 darf nicht länger politisch kleingerechnet werden. In einer Stadt wie Hamburg
38 bedeutet das insbesondere, dass steigende Wohnkosten vollständig berücksichtigt
39 werden. Alles andere zwingt Menschen in Verdrängung, Unsicherheit und soziale
40 Isolation.

41 Ein solcher Systemwechsel erfordert auch ein Ende der strukturellen Kontrolle
42 und Bevormundung durch das bestehende System. Die Prüfung von
43 Bedarfsgemeinschaften und Vermögen greifen bis ins Privatleben der Menschen ein,
44 reproduzieren Abhängigkeiten und Unsicherheiten, und binden erhebliche
45 Verwaltungskapazitäten. An ihre Stelle muss ein individuelles Recht auf soziale
46 Absicherung treten – unabhängig von familiären Konstellationen und frei von
47 entwürdigender Kontrolle.

48 Staatliche Unterstützung darf sich nicht an den Anforderungen eines
49 Niedriglohnssektors orientieren. Das Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes wird
50 nicht durch den Bezug von Grundsicherung verwirkt. Stattdessen müssen Behörden
51 mit ausreichenden Mitteln und qualifizierten Mitarbeitenden ausgestattet werden,
52 sodass diese für Betroffene erreichbar sind und durch ein umfangreiches und
53 barrierefreies Angebot echte Perspektiven eröffnet werden können.

54 Armut und Abstiegsängste prägen zunehmend die gesellschaftliche Realität. Rechte
55 Kräfte knüpfen an diese Unsicherheit an. Wo Menschen erleben, dass soziale
56 Sicherheit fehlt, wächst die Offenheit für autoritäre und rechte Parteien. Eine
57 Politik, die Armut produziert oder hinnimmt, schafft einen Nährboden für rechte
58 Entwicklungen. Wer die Demokratie schützen will, muss Armut als
59 gesellschaftlichen Faktor konsequent bekämpfen.

60 Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand sowie alle
61 Mandatsträger*innen, diese Auseinandersetzung offensiv zu führen. Die Linke
62 Hamburg wird den Widerstand gegen den Sozialabbau verstärken, Bündnisse mit
63 Gewerkschaften, Sozialverbänden und Initiativen ausbauen und die Frage der
64 sozialen Sicherung zu einer zentralen politischen Forderung machen – in
65 Parlamenten, auf der Straße und in gesellschaftlichen Debatten.

66 Armut ist kein individuelles Versagen. Armut ist das Ergebnis politischer
67 Entscheidungen und des kapitalistischen Systems. Und genau deshalb kann und muss
68 sie überwunden werden.

Antrag A08: BGG-Reform und Unterstützung von Protesten

Laufende Nummer: 28

Antragsteller*in:	Jasmin Subklewe, LAG Inklusion
Unterstützer*innen:	Ann-Christin Dimon, Axel Hopfmann, Jan Libbertz, Klaus-Peter Berndt, Leo Müller, Léolo Jung, Marie Kleinert, Marlit Klaus, Norbert Grosz, Toni Fochmann, Wiebke Jürgens
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **BGG-Reform und Unterstützung von Protesten**

2 Die Linke Hamburg lehnt die aktuelle Reform des
3 Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) in ihrer vorliegenden Fassung ab. Der
4 Reformentwurf bleibt hinter dem Anspruch echter Barrierefreiheit deutlich
5 zurück, entlässt private Akteur*innen weiter weitgehend aus der Verantwortung
6 und droht damit, bestehende Ausschlüsse zu verfestigen statt Barrieren wirksam
7 abzubauen. Der Landesverband Hamburg verpflichtet sich außerdem,
8 • die Kritik an der BGG-Reform öffentlich aufzugreifen
9 • sie innerhalb der Partei, gegenüber anderen Landesverbänden, sowie gegenüber
10 den Hamburger Bundestagsabgeordneten deutlich zu machen
11 • sich gegenüber der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft für
12 eine klare Positionierung gegen die Reform in ihrer aktuellen Fassung
13 einzusetzen
14 • Proteste und Aktionen in Hamburg politisch und praktisch zu unterstützen
15 Barrierefreiheit ist keine freiwillige Leistung, sondern Voraussetzung für
16 Teilhabe, Selbstbestimmung und gleiche Rechte. Eine Reform, die Barrieren nicht
17 wirksam abbaut, sondern Unverbindlichkeit, Ausnahmen und fehlende Konsequenzen
18 fortschreibt, ist kein Fortschritt, sondern eine politische Verschlechterung.
19 Sie darf deshalb nicht als Schritt in Richtung Gleichstellung verkauft werden,
20 sondern muss in ihrer jetzigen Form zurückgewiesen werden.

Begründung

Der Antrag ist nicht nur politisch, sondern auch rechtlich begründet.

Die UNBehindertenrechtskonvention verpflichtet Deutschland insbesondere in Art. 5 zur wirksamen Gleichbehandlung und zum Schutz vor Diskriminierung sowie in Art. 9 zum Abbau von Barrieren und zur Sicherstellung von Zugänglichkeit. Der 26. März 2026 markiert den 17. Jahrestag des Inkrafttretens der UN-BRK in Deutschland. Umso gravierender ist es, dass der aktuelle Reformentwurf des BGG hinter diesen Verpflichtungen zurückbleibt.

Der Entwurf schwächt verbindliche Barrierefreiheitsstandards, entlässt private Akteur*innen weiterhin weitgehend aus der Verantwortung und macht die Teilhabe von Millionen Menschen mit Behinderung faktisch weiter von Freiwilligkeit und Zumutbarkeitserwägungen abhängig. Damit ist er nicht bloß unzureichend, sondern in zentralen Punkten eine Verschlechterung gegenüber dem, was für echte

Gleichstellung und wirksamen Diskriminierungsschutz notwendig wäre. Aus Sicht der Antragstellerin handelt es sich daher nicht um eine ausbaufähige Grundlage, sondern um einen Reformentwurf, der in seiner jetzigen Form politisch zurückgewiesen werden muss. Der Landesverband Hamburg der Partei Die Linke soll sich deshalb für folgende Leitlinien stark machen:

- verbindliche und einklagbare Barrierefreiheitsstandards, ausgerichtet an der UN-BRK
- die Wiederherstellung wirksamer Schadensersatzansprüche bei Diskriminierung
- klar und eng begrenzte Ausnahmeregelungen statt pauschaler Schonung privater Akteur*innen
- staatliche Förderprogramme für kleine Unternehmen, damit Barrierefreiheit nicht gegen Betroffene ausgespielt wird.

Gerade deshalb braucht es eine klare politische Positionierung des Landesverbands, öffentlichen Druck, aktive Unterstützung von Protesten und eine deutliche Aufforderung, den Entwurf grundlegend zu überarbeiten oder zurückzunehmen.

Antrag A09: Linke Zukunft in Hamburg und überall: „„Erkenne deine Macht““

Laufende Nummer: 31

Antragsteller*in:	Wilfried /John/ Hardt
Unterstützer*innen:	Axel Hopfmann
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Wir streben an eine gesellschaftsverändernde Kraft zu sein. Dafür stehen in
2 unserem Parteiprogramm die Zielsetzung des demokratischen Sozialismus und auf
3 unseren letzten Parteitagen der Anspruch zur organisierenden Klassenpartei der
4 abhängig Beschäftigten zu werden. Wir setzen uns konsequent für die Rechte der
5 Benachteiligten ein und kämpfen überall gegen soziale Ungerechtigkeit. Das hat
6 uns in den letzten Jahren mehr Anerkennung bei Wahlen und einen so beachtlichen
7 Zuwachs an Parteimitgliedern beschert.

8 Diese Positionen im Alltag und prinzipiell immer wieder zu vertreten und
9 auszuformulieren, ist unsere Aufgabe nach innen und außen. Lohnt es sich hierfür
10 einen Antrag zu formulieren? Und dann noch einen für einen Landesparteitag? Ja,
11 denn gerade unsere Genoss:Innen in Hamburg können so, wichtige Positionen in die
12 Partei und in die Gesellschaft tragen, um unserem Auftrag gerecht zu werden.

13 Der immer ungebremstere Kapitalismus mit allen Auswirkungen, wie

- 14 • der weltweiten ökologischen Krise,
- 15 • der Bereitschaft mit Gewalt und Kriegen gegen das Völkerrecht die eigenen
16 Interessen durchzusetzen und
- 17 • den daraus resultierenden Ungerechtigkeiten
- 18 • sowie darauf folgenden Migrationsbewegungen

19 bestimmen doch unser aller Leben.

20 Wir werden weiter und überall uns gegen Ungerechtigkeit zur Wehr setzen.

21 Beispiele sind:

- 22 • Für eine klimagerechte Stadt
- 23 • Gegen eine profitorientierte Olympia Bewerbung in der NOLYMPIA-Kampagne
- 24 • Um Wohnen bezahlbar machen und um damit ein Grundrecht einzufordern
- 25 • Arbeitskämpfe unterstützen um die mehr als berechtigten Interessen der
26 Arbeitnehmer:Innen zu stützen
- 27 • In Sozialberatung um den schwachen zu ihren Rechten zu verhelfen
- 28 • Und an vielen anderen Orten

29 Das ist auch eingebunden in patriachale Strukturen. Das wird von den Rechten
30 genutzt und verstärkt um so mit Angstbildern Lesben, Schwulen, Queere,
31 migrantische Gruppen und alle „anderen“ auszugrenzen um so scheinbare Auswege
32 aus der geschürten Angst anzubieten. Wir solidarisieren uns ausdrücklich und

33 immer wieder mit den Verfolgten und Benachteiligten.
34 Internationale Solidarität ist unsere Antwort. Der Austausch und die
35 Verständigung der Völker wird uns helfen für alle Menschen ein gutes Leben zu
36 ermöglichen, denn es ist genug für alle da. Wir können uns weltweit
37 menschenwürdiges Leben leisten.
38 Rüstung und Kriegsambitionen auf allen Ebenen zu widerstehen ist für uns
39 zentral. Wir streben zumindest eine Demilitarisierung, an die den anderen zeigt,
40 dass wir nicht angreifen wollen und können. Krieg muss überall geächtet werden.
41 Damit werden wir uns sehr viel erfolgreicher gegen Angriffe schützen und so
42 erfolgreich Kriege bei uns verhindern. Die Verwirklichung des Völkerrechts ist
43 uns wichtig.
44 Zu den hier genannten Punkten werden wir die Zusammenhänge zu Ursachen
45 diskutieren. Wir werden Alternativen, die weit über ein „weiter so mit
46 (leichten) Verbesserungen“ hinaus weisen, aufzeigen.
47 Unser bestehendes Parteiprogramm greift schon sehr viele Themen auf. In der
48 gerade beginnenden Diskussion um eine Überarbeitung und Aktualisierung wollen
49 wir so viele Mitglieder wie möglich in diese Auseinandersetzungen einbeziehen um
50 zu gemeinsamen Positionen zu kommen. Gleichzeitig wollen wir unsere Partei „Die
51 Linke“ zur großen Partei der Mehrheit der Bevölkerung machen. In einem alten
52 Arbeiter:Innenlied heißt es: „Wir sind die stärkste der Parteien“. Nun, noch
53 sind wir das nicht. Aber mit weniger dürfen wir uns nicht zufrieden geben. Wir
54 erheben den Anspruch zur organisierenden Klassenpartei zu werden. In den 70er
55 Jahren hieß es zum 1. Mai: „Zahl nicht nur den Beitrag, mit der Gewerkschaft
56 kämpf dich frei“. Kein schlechtes Motto für unsere Partei. Gemeinsam in den
57 Gewerkschaften können wir so einer der Motoren sein um unsere Gesellschaft in
58 eine bessere Zukunft zu führen.
59 Die Bedrohungen sind so offensichtlich. Laßt uns gemeinsam für die konkrete
60 Verbesserung und gegen Ungerechtigkeit kämpfen. Aber immer so, dass wir
61 systematisch besser werden.

Begründung

Es ist nicht auszuhalten, dass in Deutschland, Europa und weltweit Menschen sterben oder gar ermordet werden um Ungerechtigkeit, Ungleichheit, Machtgefälle und Hegemonie zu festigen oder diese zu erhalten. Deswegen sind all unsere Kampagnen der Not und dem Geist der Solidarität geschuldet. Historische Erfahrungen in Deutschland und der Welt zeigen uns, dass unsere Gedanken und Ideen in einer langen humanistischen Tradition stehen. Der Blick auf unsere politische Herkunft kann uns Rückversicherung für unser politisches Handeln sein. Das hilft uns miteinander in der Suche nach dem guten Weg. Auch wenn die Hoffnung auf eine bessere Welt bei uns unterschiedlich ausgeprägt sind ist es unser aller Anliegen die Bedingungen des Lebens nachhaltig besser zu machen.

Bei all unseren Aktionen ist es zentral nicht nur gegen Missstände vorzugehen, sondern immer wieder die Zusammenhänge zu untersuchen und aufzuzeigen, um so die zugrundeliegenden Ursachen zu bekämpfen. „Tax the rich“ ist richtig, reicht aber nicht. Es geht darum die Ursachen von Arm und Reich zu erkennen und zu beseitigen. Dabei streben wir an, Machtanhäufung und persönliche Pfründe zu vermeiden oder zumindest, wenn sie sichtbar werden, auszuräumen.

Dieser Text soll:

- Eine Einladung an alle sein, bei der Willensbildung in der Partei Die Linke aktiv mitzumachen.
- Zeigen wofür wir stehen und damit einladen uns zu unterstützen.
- Uns alle ermutigen miteinander um den Weg zu ringen. Es ist klar, dass wir nicht alle eine gemeinsame Sicht auf alle Fragen haben. Wir müssen weg von Machtkämpfen und taktischen „Spielen“ hin zum Zuhören, Nachdenken.

Antrag A10: Digitale Selbstbestimmung und Resilienz: Öffentliches Geld für öffentlichen Code!

Laufende Nummer: 18

Antragsteller*in:	Marie Kleinert, LAG Netzpolitik
Unterstützer*innen:	Ann-Christin Dimon, Christin Feiler-Siegert, Claudia Falk, Jan Libbertz, Jasmin Subklewe, Klaus-Peter Berndt, Leo Müller, Luna Jasmin Kiehn, Nicole Caputo, Norbert Grosz, Steffen Schöttker, Toni Fochmann
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Linke Hamburg setzt sich ein für:
- 2 • FOSS (Free and **Open-Source Software**)-First: Für die Hamburger Verwaltung,
3 alle Behörden und städtischen Betriebe soll der Einsatz von FOSS-Lösungen
4 forciert werden. Das Prinzip „Public Money, Public Code“ soll konsequent
5 angestrebt werden.
- 6 • Beendigung der totalen Abhängigkeit (Vendor-Lock-in): Hamburg muss aus
7 herstellereigenen Cloud-Lösungen und Office-Paketen (insbesondere
8 Microsoft 365) aussteigen. Das frei werdende Budget aus immensen
9 Lizenzkosten muss in den sozial-ökologischen Umbau, die
10 Demokratieförderung, in öffentliche Infrastruktur und in die Förderung
11 lokaler/europäischer Open-Source-Ökosysteme fließen.
- 12 • Schutz vor Fremdsteuerung und Überwachung: Es muss technisch und rechtlich
13 ausgeschlossen werden, dass jegliche privatwirtschaftliche Akteure wie
14 Meta, Google, Palantir und weitere Konzerne, Staatsregierungen und Dienste
15 unsere Daten abgreifen, mitlesen oder Teile der kritischen Infrastruktur
16 abschalten können. Die Speicherung sensibler Verwaltungsdaten bei US-
17 Konzernen, die problematischen Gesetzen wie dem US Cloud Act oder FISA
18 unterliegen, ist sofort zu stoppen.
- 19 • Solidarische Kooperation: Digitale Werkzeuge für die Verwaltung dürfen
20 nicht im Alleingang entwickelt werden. Software soll gemeinsam mit anderen
21 Kommunen, Ländern und europäischen Staaten entwickelt, gepflegt und geteilt
22 werden – von allen, für alle. Wo die Einbindung kommerzieller Anbieter
23 unumgänglich ist, sind streng regulierte, europäische Anbieter auszuwählen.
- 24 • Konsequenz im eigenen Handeln: Die Linke Hamburg geht mit gutem Beispiel
25 voran. Der Landesverband wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der LAG
26 Netzpolitik einen verbindlichen Stufenplan vorzulegen, um die parteiinterne
27 digitale Infrastruktur schrittweise und vollständig auf sichere,
28 quelloffene FOSS-Lösungen umzustellen.

Begründung

Die digitale Infrastruktur unserer Gesellschaft darf nicht in den Händen weniger globaler Tech-Oligarchen liegen. Wer Betriebssysteme, Office-Software, Cloud-Dienste und Kommunikationswege kontrolliert,

kontrolliert auch Zugänge zu Wissen, Arbeit, Verwaltung und politischer Teilhabe. Demokratische Gesellschaften brauchen deshalb öffentliche Kontrolle, Transparenz und digitale Selbstbestimmung statt Abhängigkeit von Konzernen. Je länger die Abhängigkeit besteht und weiter ausgebaut wird, desto spezialisierter werden die Arbeitsabläufe und umso schwieriger wird ein Ausstieg hin zur Unabhängigkeit.

Benötigt wird ein radikaler Kurswechsel in der städtischen Netz- und Digitalpolitik. Die Freie und Hansestadt Hamburg muss ihre teure, gefährliche Abhängigkeit von globalen Tech-Monopolen wie Microsoft beenden. Stattdessen fordern wir den konsequenten Aufbau echter digitaler Selbstbestimmung und Resilienz - wenn möglich durch die Verwendung freier und quelloffener Software.

Technik ist politisch. Die Digitalisierung durchdringt heute alle Aspekte unserer Gesellschaft und der öffentlichen Daseinsvorsorge. In der aktuellen sicherheitspolitischen Debatte wird oft der Begriff der „Digitalen Souveränität“ bemüht. Als Die Linke hinterfragen wir den Begriff kritisch: Er ist mit nationalstaatlicher Abschottung verknüpft und birgt eine militärische Logik, die unseren internationalistischen und emanzipatorischen Konzepten widerspricht. Wir kämpfen stattdessen für Digitale Selbstbestimmung und Resilienz. Wenn wir den Begriff „Digitale Souveränität“ verwenden, dann um uns auf die aktuelle öffentliche Debatte zu beziehen, in der er Verwendung findet. Open Source vergesellschaftet Software: Quelloffene Lösungen stehen allen zur Verfügung, können gemeinsam weiterentwickelt werden und gehören damit der Allgemeinheit statt wenigen Konzernen.

Das Hamburger Microsoft-Desaster

Der rot-grüne Senat handelt dieser Selbstbestimmung aktiv zuwider. Wie die netzpolitische Aufklärungsarbeit der Linksfraktion Hamburg und die dort eingereichte Große Anfrage ^[^1] gezeigt haben, kauft sich Hamburg sehenden Auges in eine fatale Abhängigkeit von einem US-Konzern ein. Rund 140 Millionen Euro Steuergeld wurden in die Entwicklung der Open-Source-Lösung „Phoenix“ investiert – nur um das Projekt danach zu beerdigen und stattdessen monatlich Millionenbeträge an Lizenzgebühren an Microsoft zu überweisen. ^[^2] Dabei haben SPD und Grüne bereits 2021 in der Hamburgischen Bürgerschaft selbst gefordert, die Vorteile von Open Source und quelloffener Software zu nutzen und deren verstärkten Einsatz in Hamburg sichtbar zu machen. ^[^3] Heute tut der Senat mit der Vertiefung der Microsoft-Abhängigkeit genau das Gegenteil.

Diese Praxis befeuert einen massiven Vendor-Lock-in (totale Abhängigkeit). Die Stadt wird zum reinen Lizenz-Mieter ohne Einfluss auf die Preisgestaltung oder die zugrunde liegende Technik. Schleswig-Holstein zeigt mit dem erfolgreichen Umstieg auf Open-Source-Lösungen wie LibreOffice längst, dass ein anderer, unabhängiger Weg nicht nur möglich ist, sondern langfristig öffentliche Gelder spart, auch wenn dort noch nicht alles rund läuft. ^[^4]

Sicherheit, Datenschutz und Zwang zur KI

Plattformen wie Microsoft 365 sind riesige Datensilos und damit hochattraktive Ziele für Cyberangriffe, wie z.B. der schwerwiegende „Storm-0558“-Hack auf US-Regierungsbehörden im Jahr 2023 gezeigt hat. ^[^5] Zudem ignoriert der Senat die besorgniserregende Rechtsunsicherheit: Im Juni 2025 musste ein Microsoft-Chefjustiziar in Frankreich unter Eid zugeben, dass US-Gesetze wie der CLOUD Act auch für EU-Rechenzentren Vorrang haben und keinen absoluten Schutz vor Zugriffen durch US-Behörden bieten. ^[^6] Hinzu kommt die ungefragte Ausleitung von Telemetriedaten, die tiefe Einblicke in die Arbeitsprozesse der Hamburger Behörden zulässt. Gleichzeitig werden den Nutzenden zunehmend proprietäre KI-Tools aufgezwungen, die extrem ressourcen- und klimaschädlich sind, Arbeitsplätze bedrohen und das eigenständige, kritische Denken an intransparente, kommerzielle, stochastische Algorithmen auslagern.

Gefahr durch rechte Regierungsmehrheiten

Wenn wir unsere Verwaltungs- und Kommunikationsinfrastruktur (inklusive der Metadaten) in die Hände von Tech-Giganten legen, schaffen wir eine Architektur der Überwachung. Bei einer weiter anhaltenden autoritären Wende oder gar im Falle einer AfD-Regierungsbeteiligung drohen hier reale Gefahren für marginalisierte Gruppen, Oppositionelle und die Zivilgesellschaft. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Infrastruktur der öffentlichen Hand oder unserer Partei durch fremde Akteure kompromittiert oder gar abgeschaltet werden kann.

Fazit

Open Source ist weit mehr als ein Lizenzmodell: Es ist eine Kultur der Transparenz, der Partizipation und der demokratischen Verwaltung digitaler Infrastruktur. [^7] Öffentliches Geld muss in öffentliches Wissen und öffentliche Werkzeuge fließen.

Wer die Macht von Tech-Monopolisten brechen will, muss selbst den ersten Schritt machen. Das gilt für die Stadt Hamburg, zivilgesellschaftliche Akteur*innen, aber auch für uns als Partei Die Linke.

Niemals alleine, immer gemeinsam!

Quellen / Fußnoten:

[^1]: Vgl. Große Anfrage der Linksfraktion Hamburg, Drs. 23/2931: „Datenschutz, digitale Souveränität und Kostenfragen beim Einsatz von Microsoft 365 in der Hamburger Verwaltung“.

[^2] Antrag zu Open Source von SPD und den Grünen aus 2021, Drucksache 22-6622

[^3]: Vgl. Pressemitteilung der Fraktion Die Linke Hamburg vom 04.03.2026: „Microsoft 365: Hamburgs teure digitale Abhängigkeit“.

[^4]: Vgl. Hamburger Morgenpost (mopo.de) vom 04.03.2026: „Kritik an Microsoft 365: Hamburg kauft sich in teure Abhängigkeit“.

[^5]: Ebd. (Berichterstattung zum Cyberangriff „Storm-0558“).

[^6]: Aussage des Microsoft-Justiziar Anton Carniaux in Frankreich, 10. Juni 2025.

[^7]: : Vgl. Stellungnahme zu Drs. 23/2931 Linksfraktion Hamburg, Fachbereich Netzpolitik.

Antrag A11: Schluss mit Symbolpolitik! Plattformen regulieren statt Jugendliche ausschließen

Laufende Nummer: 34

Antragsteller*in:	Sarah Reinhardt, Luzian Massarrat, Beat Schaible
Unterstützer*innen:	Ann-Christin Dimon, Christin Feiler-Siegert, Jan Libbertz, Leo Müller, Lisa Grötzner, Luna Jasmin Kiehn, Marie Kleinert, Toni Fochmann
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Die Linke Hamburg lehnt pauschale Social-Media-Verbote für Minderjährige**
2 **entschieden ab.**

3

4 Social-Media-Verbote für Minderjährige sind keine geeignete Maßnahme für Kinder-
5 und Jugendschutz. Die aktuelle Debatte ist Ausdruck politischer Hilflosigkeit.
6 Sie suggeriert Handlungsfähigkeit, greift aber nicht die strukturellen Ursachen
7 digitaler Risiken an und wird damit dem Anspruch an wirksamen und
8 verhältnismäßigen Schutz nicht gerecht.

9 Neben den immensen Kosten für die Errichtung und Erhaltung der Infrastruktur,
10 die für eine verlässliche Alterskontrolle notwendig wäre, bedeutet diese in der
11 Umsetzung eine verpflichtende Verifikation für alle Nutzer*innen und damit viele
12 weitere sensible Daten in den Händen undurchsichtiger Großkonzerne.

13 Zudem lassen sich Verbote leicht umgehen über alternative Accounts, Messenger,
14 Spiele oder Plattformwechsel. Statt Probleme zu lösen, werden sie in weniger
15 sichtbare Bereiche verlagert.

16 Damit wird Verantwortung verschoben: weg von den Plattformen und ihren
17 Geschäftsmodellen, hin zu jungen Menschen und ihrem Umfeld.

18

19 **In dieser Debatte gehören Kinderrechte an erste Stelle!**

20

21 Kinderrechte sind in der UN-Kinderrechtskonvention verankert und gelten auch im
22 digitalen Raum. Von einem Verbot direkt betroffen wären z.B.:

- 23 • Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit (Art. 13)
- 24 • Recht auf Zugang zu Informationen (Art. 17)
- 25 • Recht auf Beteiligung (Art. 12)
- 26 • Recht auf Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit (Art. 15)
- 27 • Recht auf Entwicklung (Art. 6)

28 Diese Rechte greifen ineinander. Ein Verbot greift nicht nur in ein einzelnes
29 Recht ein, sondern betrifft mehrere grundlegende Rechte gleichzeitig. Dadurch
30 würden Kinder und Jugendliche systematisch aus zentralen gesellschaftlichen
31 Debattenräumen ausgeschlossen. Für eine demokratische und partizipatorische

32 Gesellschaft darf das keine Option sein. Ohne Zugang zu Informationen keine
33 Meinungsbildung, ohne Meinungsbildung keine Beteiligung.
34 Radikalisierung, Desinformation und digitale Gewalt sind keine
35 jugendspezifischen Phänomene. Sie betreffen alle Altersgruppen. Erwachsene sind
36 genauso mit Desinformation, algorithmischer Steuerung und digitalen Dynamiken
37 konfrontiert. Erwachsenen fehlt es mindestens genauso an ausreichender
38 Medienbildung, um digitale Inhalte einordnen, prüfen und bewerten zu können.
39 Aktuelle und viele vorige Fälle digitaler Gewalt zeigen, wie stark
40 Plattformlogiken wirken und wie unzureichend Schutz und Aufklärung bislang sind.
41 Die eigentlichen Risiken entstehen in den Strukturen digitaler Plattformen. Die
42 Geschäftsmodelle großer Plattformkonzerne beruhen auf Datensammlung,
43 Aufmerksamkeitsbindung und algorithmischer Verstärkung emotionalisierender
44 Inhalte. Diese Logiken fördern Polarisierung, begünstigen Desinformation und
45 können demokratische Diskurse verzerren. Digitale Gewalt, Hass, gezielte
46 Falschinformationen und öffentliche Eskalationen verbreiten sich nicht zufällig.
47 Sie werden durch Plattformmechanismen verstärkt und treffen insbesondere Kinder,
48 FLINTA* und andere marginalisierte Gruppen überproportional.
49 Deshalb braucht es unbedingt Maßnahmen zum Schutz und zur Kompetenzbildung in
50 der gesamten Gesellschaft.

51

52 Mit dem Digital Services Act (DSA) bestehen bereits europäische Vorgaben, die
53 Plattformen verpflichten gegen illegale Inhalte vorzugehen, Meldesysteme bereit
54 zu stellen und systemische Risiken für Grundrechte, demokratische Diskurse und
55 den Schutz von Nutzer*innen zu analysieren.

56 In der Realität zeigen sich leider deutliche Lücken: Häufig sind Meldesysteme
57 intransparent und Anzeigen führen ins Leere. Inhalte, die Desinformation
58 verbreiten, Menschen gezielt angreifen oder digitale Gewalt verstärken, bleiben
59 sichtbar und wirksam.

60

61 **Die Profitorientierung der Konzerne ist dabei zentral problematisch.**

62

63 Soziale Netzwerke sind längst Teil globaler kritischer Infrastruktur
64 demokratischer Öffentlichkeit, während ihre Funktionsweise an wirtschaftlichen
65 Interessen ausgerichtet ist.

66 Das zeigt sich besonders prekär, wo demokratische Prozesse und gesellschaftliche
67 Gesundheit beeinflusst und beeinträchtigt werden.

68 Deshalb braucht es eine stärkere Regulierung von Plattformen sowie Anwendung und
69 Ausweitung von bestehenden Gesetzen. Gesetze dürfen nicht nur formal
70 verpflichtend sein.

71 Plattformen und deren Konzerne müssen zur Verantwortung gezogen werden. Verstöße
72 müssen Konsequenzen haben.

73 Wenn Risiken in den Strukturen der Plattformen entstehen, muss auch der Schutz
74 dort ansetzen, d.h. Plattformen wirksam in die Verantwortung nehmen, digitale

75 Gewalt und Desinformation eindämmen, Verstärkungsmechanismen begrenzen,
76 funktionierende Beschwerdemechanismen sicherstellen und Medienbildung
77 strukturell stärken.

78 Digitalkonzerne, die Regulationen zum Schutz des Gemeinwohls nicht einhalten,
79 müssen vergesellschaftet werden. Vergesellschaftete Plattformen sind
80 partizipativ, sozial und am öffentlichen Interesse hin auszurichten.

81

82 **Ein Social-Media-Verbot für Minderjährige setzt hier nicht an. Wer Jugendliche**
83 **ausschließt, schützt keine Kinder, sondern die Geschäftsmodelle und Profite der**
84 **Plattformkonzerne.**

85

86 Digitale Plattformen sind heute zentrale Orte demokratischer Öffentlichkeit.
87 Politische Information, Meinungsbildung und gesellschaftliche Debatte finden
88 maßgeblich in digitalen Räumen statt. Wer über Demokratie spricht, muss deshalb
89 über digitale Machtstrukturen sprechen.

90 Demokratie lebt von Beteiligung, nicht von Ausschluss. Pauschale Verbote
91 beschneiden Informations-, Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte junger Menschen
92 und untergraben langfristig demokratische Selbstwirksamkeit. Wer Jugendlichen
93 den Zugang zu digitalen Öffentlichkeiten entzieht, entzieht ihnen Teilhabe und
94 Räume politischer Erfahrung und demokratischen Lernens.

95 Medienkompetenz in der heutigen Zeit bedeutet, Informationen einordnen zu
96 können, Quellen zu prüfen, Manipulation zu erkennen und sich in digitalen
97 Öffentlichkeiten selbstbestimmt zu bewegen. Sie ist eine demokratische
98 Schlüsselkompetenz.

99 Diese Fähigkeiten entstehen aber nicht plötzlich am 16. Geburtstag. Sie müssen
100 über Jahre hinweg entwickelt und begleitet werden.

101 Genau daran fehlt es seit Jahren strukturell und zwar gesamtgesellschaftlich.

102

103 **Deshalb setzt sich Die Linke Hamburg ein für:**

104

105 **1. Kinderrechte und Kinderschutz im digitalen Raum stärken**

- 106 • Förderung der UN-Kinderrechtskonvention im digitalen Raum
- 107 • Schutz vor Ausbeutung, Manipulation, Datenprofiling und kommerzieller
108 Verwertung persönlicher Daten
- 109 • Entwicklung und Durchsetzung kindgerechter, datensparsamer und sicherer
110 Plattformstandards
- 111 • Angebote bereitstellen, die Kompetenzen stärken und Teilhabe sichern und
112 nicht einschränken

113

114 **2. Plattformmacht wirksam regulieren**

- 115 • Verbot personalisierter Werbung und datenbasierter Profilbildung bei

116 Minderjährigen

- 117 • Regulierung suchtfördernder Designmechanismen (z. B. Infinite Scroll,
- 118 Engagement-Optimierung...)
- 119 • konsequente Anwendung und Verfolgung bestehender Gesetze (insb. auf EU-
- 120 Ebene)
- 121 • Transparenzpflichten für Empfehlungsalgorithmen
- 122 • unabhängige demokratische Kontrolle großer Plattformen
- 123 • Verbot oder Vergesellschaftung von Plattformen bei Missachtung des
- 124 Gemeinwohls
- 125 • Aufbau gemeinwohlorientierter Alternativen zu profitorientierten
- 126 Plattformen

127

128 3. **Bestehende Regulierung konsequent durchsetzen (insb. DSA)**

- 129 • konsequente Durchsetzung der bestehenden Verpflichtungen von Plattformen,
- 130 insbesondere bei der Bekämpfung digitaler Gewalt, Desinformation und
- 131 systematischer Falschinformationen
- 132 • wirksame Kontrolle und Verbesserung von Meldesystemen, damit Inhalte
- 133 geprüft und Betroffene tatsächlich geschützt werden
- 134 • klare Sanktionen bei systematischem Versagen von Plattformen
- 135 • transparente Offenlegung von Risikoberichten großer Plattformen
- 136 • Stärkung unabhängiger Forschung zu Plattformwirkungen und zuständiger
- 137 Aufsichtsbehörden

138

139 4. **Medienbildung als gesellschaftliche Infrastruktur ausbauen**

- 140 • verbindliche Bildung zu Plattformlogiken, Desinformation und
- 141 algorithmischen Systemen sowie weiterer relevanter Themen in Schulen und
- 142 anderen Bildungseinrichtungen
- 143 • Ausreichende personelle und finanzielle Ausstattung der Angebote
- 144 • verpflichtende Aus-/Fortbildung für Erzieher*innen, Pädagog*innen,
- 145 Lehrer*innen und Fachkräfte
- 146 • dauerhafte strukturelle Finanzierung außerschulischer
- 147 Medienbildungsprojekte
- 148 • niedrigschwellige Angebote digitaler Bildung für Erwachsene

149 5. **Auswirkungen digitaler Plattformen kontinuierlich erforschen und beobachten**

- 150 • Verstärkung unabhängiger Forschung zu Auswirkungen digitaler
- 151 Plattformarchitekturen auf junge Menschen, Erwachsene, demokratische
- 152 Diskurse, digitale Gewalt und Desinformation
- 153 • stärkere Verzahnung von Wissenschaft, Bildungspraxis und politischer
- 154 Regulierung
- 155 • regelmäßige Evaluation von Medienkompetenzen bei Schüler*innen und
- 156 Lehrkräften

Antrag A12: Organisierende Klassenpartei braucht Fokus und Struktur

Laufende Nummer: 32

Antragsteller*in:	Berno Schuckart-Witsch, LAG Betrieb und Gewerkschaft
Unterstützer*innen:	Ann-Christin Dimon, Axel Hopfmann, Claudia Falk, Leo Müller, Marie Kleinert, Nicole Caputo, Steffen Schöttker, Toni Fochmann
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Organisierende Klassenpartei braucht Fokus und Struktur**

2 Die LAG B+G HH initiiert auf Bundesebene eine bundesweite, langfristig angelegte
3 Infokampagne zum Thema Arbeitszeitverkürzung. Voraussetzung für diese Kampagne
4 ist eine gewerkschaftliche Verankerung unserer Mitglieder in den Betrieben,
5 sowie ein klarer Fokus unserer Arbeit zur organisierenden Klassenpartei.

6 Auf dem letzten Bundesparteitag wurde beschlossen die Welt der Arbeit in den
7 Mittelpunkt unserer Parteiarbeit zu rücken.

8 Folgende Eckpunkte einer Strategie sind in Hamburg wie auch auf Bundesebene
9 umzusetzen:

10 • Die LAG B+G erarbeitet mit dem Landesvorstand konkrete Maßnahmen zur
11 Entwicklung einer organisierenden Klassenpartei.

12 • Die Verankerung in den Gewerkschaften ist elementarer, unverzichtbarer
13 Bestandteil einer organisierenden Klassenpartei. Die Mitgliedschaft -
14 besser noch ihre Aktivität - in Gewerkschaften durch unsere Mitglieder
15 wollen wir deutlich erhöhen.

16 • Wir verschaffen uns, gemeinsam mit dem Landesvorstand und den
17 Bezirksverbänden in einem ersten Schritt bis Ende des Jahres einen
18 Überblick, in welchen Betrieben unsere Mitglieder arbeiten, ob sie
19 gewerkschaftlich organisiert sind und ggf. auch dort aktiv mitarbeiten. Auf
20 dieser Grundlage lassen sich weitere Maßnahmen bis zur BTW planen.

21 • Wir organisieren ein Bildungsprogramm u.a. mit folgenden Arbeitstiteln:

22 • Gewerkschaftsarbeit wie geht das?

23 • Rolle der Linken in den Gewerkschaften

24 • Tarifpolitik, was ist das?

25 • Arbeitskampf, aber wie?

26 • Lohn, Preis, Profit – zur politischen Ökonomie des Kapitalismus

27 • Arbeitszeit – Kernelement gewerkschaftlicher Kämpfe

28 • Wir führen eine Kampagne gemeinsam mit der LAG BuG zum Kampf um den
29 Achtstundentag mit einer gesetzlichen Höchstarbeitszeit von 40 Stunden
30 durch.

- 31 • Eine Kampagne zur Arbeitszeit(verkürzung) muss eingebettet sein in die
32 aktuellen Auseinandersetzungen zur Zukunft des Sozialstaates und der
33 Sicherung von nachhaltigen dekarbonisierten Industriearbeitsplätzen. Das
34 wird nur gelingen, wenn die Aufrüstungspolitik bekämpft wird, bzw. ein Ende
35 findet.
- 36 • Diese Kampagnenarbeit muss in der Gesamtpartei ankommen - durch
37 Veranstaltungen, Diskussionen, Materialien und weiteren Aktivitäten.
- 38 Wir erarbeiten umgehend ein Konzept mit entsprechenden Maßnahmen.

Begründung

Die LAG B+G HH initiiert auf Bundesebene eine bundesweite, langfristig angelegte Infokampagne zum Thema Arbeitszeitverkürzung. Voraussetzung für diese Kampagne ist eine gewerkschaftliche Verankerung unserer Mitglieder in den Betrieben, sowie ein klarer Fokus unserer Arbeit zur organisierenden Klassenpartei.

Auf dem letzten Bundesparteitag wurde beschlossen die Welt der Arbeit in den Mittelpunkt unserer Parteiarbeit zu rücken. Was genau das bedeutet wird zu Recht diskutiert. Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz haben erneut schmerzhaft gezeigt, wie ungenügend wir in der Arbeiter:innenbewegung verankert sind.

Die „organisierende Klassenpartei“ ist kein Selbstzweck und organisiert sich nicht von alleine. Die Linke steht in der Tradition der großen Arbeiterbewegungen und ihrer Kämpfe. Uns muss klar sein, dass sich weder der Sozialstaat erhalten noch der Klimawandel aufhalten noch Abrüstung und eine friedliche Zukunft erreichen lässt, wenn wir uns nicht auf den Klassenbegriff zurückbesinnen. Dafür braucht es eine aufklärende Bildungsarbeit über Arbeits- und Gewerkschaftsthemen, Unterstützung bei der gewerkschaftlichen Organisation, eine Kampagne zu einem brandheißen Arbeitsthema und die Einbettung in die anderen Kämpfe. Das brandheiße Thema liegt offen auf dem Tisch: die Angriffe auf den vor über 100 Jahren erkämpften 8-Stunden-Tag haben nichts mit Flexibilisierung zu tun, sondern sind ein notwendiger Bestandteil des Klassenkampfes von oben zur Durchsetzung einer insbesondere gegen die weltweite Arbeiterklasse gerichteten Aufrüstungs- und Militarisierungspolitik. Dem setzen wir nicht den Erhalt des 8-Stunden-Tages, sondern eine perspektivische Arbeitszeitverkürzung über die gesetzliche Regelung einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit von 40 Stunden und der Steigerung der gewerkschaftlichen Organisation zur weiteren tariflichen Arbeitszeitverkürzung entgegen.

Antrag A13: Solidarität mit Sexarbeiter*innen

Laufende Nummer: 33

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Unterstützer*innen:	Ann-Christin Dimon, Axel Hopfmann, Christin Feiler-Siegert, Jan Libbertz, Jasmin Subklewe, Kevin Vollbrich, Luna Jasmin Kiehn, Nicole Caputo, Steffen Schöttker, Toni Fochmann
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Solidarität mit Sexarbeiter*innen, für Rechte und** 2 **Sichtbarkeit - Gegen Patriarchat, staatliche** 3 **Repression und Menschenhandel**

4 Der Kampf gegen Sexismus, patriarchale Gewalt und Ausbeutung kann nicht getrennt
5 vom Kampf gegen staatliche Repression, rassistische Migrationspolitik und
6 soziale Ungleichheit geführt werden. Sexarbeit ist kein isoliertes Phänomen,
7 sondern eingebettet in patriarchale Machtverhältnisse, kapitalistische
8 Ausbeutungslogiken und restriktive Grenz- und Aufenthaltsregime. Gerade deshalb
9 braucht es eine linke Position, die **Solidarität mit statt Stigmatisierung von**
10 **Sexarbeiter*innen** ins Zentrum stellt. Wir stehen an der Seite alle Personen in
11 der Sexarbeit.

12 Der Kampf gegen **Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung (sog. Zwangsprostitution)**
13 ist zwingend notwendig und muss konsequent geführt werden. Gleichzeitig ist
14 klar: Dieser Kampf kann **nicht über Kriminalisierung, Verdrängung oder**
15 **„Sexkaufverbote“** gewonnen werden. Repressive Maßnahmen führen nicht zur
16 Abschaffung von Gewalt, sondern verlagern sie in unsichtbare, unkontrollierbare
17 Räume. Dort steigen Abhängigkeiten, Ausbeutung und Gewalt – während der Zugang
18 zu Beratung, Schutz und Unterstützung massiv erschwert wird.

19 Menschenhandel ist kein Randphänomen, sondern Ausdruck **struktureller Gewalt**. Er
20 entsteht dort, wo Menschen entrechtet sind: durch Armut, Flucht, fehlende
21 Aufenthaltsperspektiven, keine Arbeitserlaubnis und permanente Angst vor
22 staatlicher Verfolgung. Besonders migrantische und illegalisierte
23 Sexarbeiter*innen sind gefährdet, weil sie Gewalt kaum anzeigen können, ohne
24 Repression, Abschiebung oder Strafverfolgung zu riskieren. Staatliche Kontrolle
25 wird so selbst Teil des Gewaltverhältnisses.

26 Als Linke halten wir fest: **Der Kampf gegen Menschenhandel muss parallel zur**
27 **Entkriminalisierung von Sexarbeit geführt werden**. Diese beiden Ziele
28 widersprechen sich nicht – sie bedingen einander. Nur dort, wo Sexarbeit
29 sichtbar, rechtlich abgesichert und entstigmatisiert ist, können
30 Ausbeutungsstrukturen erkannt, bekämpft und aufgebrochen werden.
31 Entkriminalisierung ist keine Verharmlosung von Gewalt, sondern eine
32 **Voraussetzung für wirksamen Schutz**.

33 Dabei ist es notwendig anzuerkennen, dass **Sexarbeit kein einheitliches,**
34 **homogenes Feld** ist. Sie umfasst sehr unterschiedliche Formen, Settings und
35 Motivationen - von hochgradig prekären, gewaltvollen Ausbeutungsverhältnissen
36 bis hin zu selbstorganisierten, relativ autonomen Arbeitsformen. Diese
37 Vielschichtigkeit darf weder romantisiert noch negiert werden. Eine linke
38 Analyse muss Widersprüche aushalten: Sexarbeit kann Ort massiver Gewalt und
39 Ausbeutung sein, kann aber auch Handlungsspielräume eröffnen oder gar ein
40 Lebensentwurf sein. Politische Antworten müssen sich an den **realen Lebens- und**
41 **Arbeitsbedingungen der Betroffenen** orientieren.

42 Zentral ist dabei die **Migrations- und Arbeitspolitik**. Restriktive
43 Aufenthaltsgesetze und der Ausschluss vom regulären Arbeitsmarkt zwingen
44 Menschen in prekäre Abhängigkeiten. Der Zugang zu **sicheren Aufenthaltsrechten**
45 **und Arbeiterlaubnissen** ist daher ein entscheidender Schutz vor Menschenhandel
46 und Ausbeutung. Dieser Zugang darf nicht an Kooperation mit Polizei oder
47 Strafverfolgungsbehörden gekoppelt sein. Menschenrechte dürfen nicht von
48 Verwertbarkeit oder Aussagebereitschaft abhängig gemacht werden. Die
49 Diskriminierung von Sexarbeiter*innen auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt, ihr
50 fehlender Zugang zu Versicherungen oder Bankdienstleistungen und
51 gesellschaftliche Ausschlüsse sind bislang folgenlos. Die Benachteiligungen
52 müssen ein Ende haben.

53 Zu bedenken ist darüber hinaus eine **queerpolitische Perspektive**, da insbesondere
54 trans* Personen oft durch Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt und unzureichende
55 medizinische Versorgung in prekäre Lebenssituationen geraten. Trans* Personen
56 üben nicht nur überdurchschnittlich oft Sexarbeit als Überlebensstrategie aus –
57 sie sind in dieser Arbeit auf Grund von Queerfeindlichkeit auch einem erhöhten
58 Gewaltisiko ausgesetzt.

59 Staatliche Repression - in Form von Sperrgebieten, Meldepflichten,
60 Polizeikontrollen, gesundheitsrechtlichen Sonderauflagen und
61 aufenthaltsrechtlicher Überwachung – multipliziert patriarchale Macht. Sie
62 diszipliniert Körper und Sexualität, statt Gewalt zu bekämpfen. Ein
63 „Sexkaufverbot“ fügt sich nahtlos in diese Logik ein: Es kriminalisiert indirekt
64 Sexarbeiter*innen, entzieht ihnen Handlungsspielräume und erhöht das
65 Gewaltpotenzial durch Unsichtbarkeit.

66 Ein konsequenter queerfeministischer und linker Ansatz stellt sich dem entgegen.
67 Er erkennt an, dass Sexarbeit in unterschiedlichen Formen existiert und dass
68 Selbstbestimmung unter ungleichen Bedingungen immer widersprüchlich ist. Er
69 setzt nicht auf Moral, Verbote oder Kontrolle, sondern auf **Rechte, soziale**
70 **Absicherung, Schutz, Selbstorganisation und reale Alternativen**. Wir erkennen
71 Sexarbeit als Arbeit an, jedoch wird dieser in den meisten Fällen als notwendige
72 Überlebensstrategie nachgegangen. Daraus folgt, dass die Politik in der
73 Verantwortung ist, Arbeits- und Lebensbedingungen von Sexarbeiter*innen zu
74 verbessern.

75 Solidarität mit Sexarbeiter*innen ist daher kein Nebenwiderspruch linker
76 Politik. Sie ist ein zentraler Bestandteil des Kampfes gegen **Patriarchat,**
77 **staatliche Unterdrückung, Rassismus und den gesellschaftlichen Rechtsruck**. Wer
78 Gewalt bekämpfen will, muss Machtverhältnisse angreifen und das heißt:

79 Entkriminalisieren, absichern, sichtbar machen und die **strukturellen Ursachen**
80 **von Ausbeutung** beseitigen.

81 **Um diese Ziele zu erreichen, fordert Die Linke Hamburg Bürgerschaft und Senat**
82 **auf, sich einzusetzen und zu sorgen für:**

- 83 • Die Abschaffung der Kontaktverbotsverordnung.
- 84 • Die Abschaffung der Sperrgebietsverordnung.
- 85 • Eine Aufenthaltsstatusgarantie für Opfer von Menschenhandel.
- 86 • Die Stärkung von NGO-Beratungsstrukturen für Sexarbeiter*innen,
87 insbesondere für trans*Personen und solche in prekären Lebenssituationen.
- 88 • Notunterkünfte für Sexarbeiter*innen.
- 89 • Die Schaffung einer Ombudsstelle für Konflikte zwischen Sexarbeiter*innen
90 und Betreiber*innen oder Portalbetreibenden (z.B. im Falle zu hoher Mieten
91 oder Gängelung).
- 92 • Die Aufnahme der Kategorie ‚Sexarbeitsfeindlichkeit‘ in den Katalog des
93 Antidiskriminierungsbüros.
- 94 • Schulung von Behördenmitarbeitenden im diskriminierungssensiblen Umgang mit
95 Sexarbeiter*innen.
- 96 • Zugang zu Mutterschutz und Elternzeit – auch für selbständige
97 Sexarbeiter*innen.
- 98 • Sexarbeiter*innen müssen in allen sie betreffenden Belangen gehört und
99 einbezogen werden!

100 **Der Landesvorstand der Die Linke Hamburg wird**

- 101 • mit Blick auf die Evaluierung des Prostituiertenschutzgesetzes im kommenden
102 Herbst/Winter im Bundestag zur diesbezüglichen Positionsbestimmung des
103 Landesverbands beitragen.
- 104 • dazu mit den relevanten gesellschaftlichen Akteur*innen – z.B. AIDS-Hilfe,
105 Beratungseinrichtungen, Diakonie, Selbstvertretungen von Sexarbeitenden –,
106 auch im Rahmen der einschlägigen Landesarbeitsgemeinschaften (z.B.
107 Feminismus, Gesundheit, Queer) und mit der Bürgerschaftsfraktion – den
108 Austausch und die Kooperation suchen.
- 109 • in den kommenden Monaten, spätestens bis zum Oktober, für den Landesverband
110 mindestens eine Bildungs-/Diskussionsveranstaltung zum Themenfeld
111 feministische Perspektiven auf Sexarbeit organisieren und durchführen.

Antrag A14: Technik ist politisch: Brecht die Macht von Whatsapp!

Laufende Nummer: 35

Antragsteller*in:	Steffen Hainke, LAG Netzpolitik
Unterstützer*innen:	Christin Dietrich-Fiedler, Leo Müller, Luna Jasmin Kiehn, Marie Kleinert, Norbert Grosz, Steffen Schöttker
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Technik ist politisch. Deshalb verpflichtet sich der Landesverband der Linken in
- 2 Hamburg inklusive all seiner Gliederungen wie BeVos, BOs, LAGs und andere, die
- 3 Nutzung von WhatsApp zu unterlassen und stattdessen Alternativen wie Signal [1],
- 4 Matrix [2] oder Threema [3] zu nutzen.

Begründung

1. WhatsApp und der Ausverkauf unserer Daten

WhatsApp gehört zum Meta-Konzern, der auch Facebook und Instagram betreibt – Plattformen, die durch umfassendes Tracking und datenbasierte Werbesysteme bekannt sind. Zwar sind die Inhalte unserer WhatsApp-Nachrichten durch Ende-zu-Ende-Verschlüsselung geschützt, doch die sogenannten Metadaten – also wer, wann, wie oft mit wem kommuniziert – sind hochgradig aufschlussreich [4].

Durch den Abgleich von Telefonnummern kann WhatsApp unsere sozialen Netzwerke analysieren und mit Daten aus anderen Meta-Diensten verknüpfen. Daraus entsteht ein detailliertes Bild unseres sozialen Verhaltens und parteiinterner Strukturen. Die Nutzungsbedingungen ändern sich regelmäßig – und sind oft so formuliert, dass sie mehr Spielraum für Datennutzung zugunsten Metas schaffen. So zum Beispiel die Ankündigung auf Basis verknüpfter Datensätze personalisierte Werbung in WhatsApp [5] einzubauen.

2. Keine Kontrolle, keine Transparenz

Im Gegensatz zu offenen Projekten wie Signal, Threema oder Matrix ist WhatsApp keine Open-Source-Software. Der Quellcode ist nicht einsehbar, die technische Funktionsweise bleibt undurchsichtig. Die Nutzer*innen sind gezwungen, Meta zu vertrauen – einem Konzern, dessen Geschäftsmodell auf Datenverwertung basiert. Vertrauen allein reicht hier nicht. Was fehlt, ist echte Kontrolle und Nachvollziehbarkeit.

3. Kommerz statt Kommunikation

WhatsApp wurde einst mit dem Versprechen gegründet, keine Werbung zu zeigen. Dieses Versprechen hielt genau so lange bis Meta (damals "Facebook") den Dienst übernahm. Einer der Gründer, Brian Acton, verließ das Unternehmen später aus Protest gegen die Mobilisierungsstrategie [6]. Er investierte sein Geld in den Aufbau von Signal – einer App, die werbefrei, quelloffen und gemeinnützig arbeitet. Während WhatsApp uns als Produkt an Werbekunden verkauft, stellt Signal den Schutz der Privatsphäre in den Mittelpunkt.

4. Der soziale Druck der Masse

Die größte Stärke von WhatsApp ist zugleich seine gefährlichste: seine Verbreitung. Wer sich verweigert, kann in vielen Kontexten nicht mehr mitreden – von der Kita-Gruppe bis zur Sportmannschaft. Doch genau hier beginnt das Problem: Wenn eine einzige App zum Quasi-Standard wird, entsteht ein Monopol. Und Monopole gefährden Wahlfreiheit, Vielfalt und Innovation. Technik sollte sich nicht durch Zwang verbreiten, sondern durch Qualität.

5. Manipulation und politische Gefahren

WhatsApp ist Teil eines Systems, das auf datengetriebene Beeinflussung ausgelegt ist. Die Skandale um Cambridge Analytisch [7] oder die algorithmisch verstärkte Gewaltpropaganda auf Facebook [8] zeigen, wie gefährlich solche Strukturen werden können – besonders in autoritären Staaten. Wenn private Kommunikation zur Datenquelle wird, können selbst scheinbar harmlose Informationen – wie Aufenthaltsort, Interessen oder Kontakte – gegen einen verwendet werden.

6. Es gibt Alternativen

Ja, Alternativen wie **Signal**, **Matrix** oder **Threema** mögen (noch) weniger verbreitet sein – aber sie funktionieren zuverlässig und bieten deutlich mehr Datenschutz. Signal verzichtet auf Werbung, sammelt kaum Metadaten [9] und stellt seine Entwicklung transparent zur Diskussion. Und: Auch Signal hat es geschafft, eine relevante Nutzer*innenbasis aufzubauen – durch Beharrlichkeit und Vertrauen.

Signal installieren und nutzen kann jede*r der*die auch WhatsApp installiert und nutzt. Es ist in keinsten Weise schwieriger. Teilweise wird angeführt, dass die „Community Funktion“ bei WhatsApp der Grund sei, dieses weiter zu nutzen. Eine vergleichbare Funktion kann allerdings durch das Erstellen mehrerer Signal-Gruppen erreicht werden, WhatsApp ist hier lediglich komfortabler. Angesichts der aufgezählten vielzähligen Probleme von WhatsApp, kann Bequemlichkeit aber nicht der Grund sein, auf einen Wechsel zu (zum Beispiel) Signal zu verzichten!

7. Technik ist politisch – und wir sind nicht machtlos

Ob wir WhatsApp nutzen oder nicht, ist keine rein technische Frage. Es geht um Macht, Kontrolle und die Frage, wie wir digitale Kommunikation gestalten wollen. Technik ist niemals neutral [10] – sie prägt unser soziales Miteinander. Umso wichtiger ist es, Alternativen zu fördern, Diskussionen anzustoßen und sich bewusst zu entscheiden.

Jeder Wechsel zu einer datenschutzfreundlichen App ist ein kleines Statement. Jede neue Verbindung auf Signal, Element oder Threema ist ein Schritt weg vom Überwachungskapitalismus – und hin zu digitaler Selbstbestimmung.

Spätestens mit Beginn der zweiten Amtszeit von Trump wurde auch klar - wer weiterhin auf die Dienste von US-Tech-Monopolisten setzt, unterstützt über Umwege eine autoritäre bis faschistische Regierung in den USA [11].

8. Warum WhatsApp für Parteizwecke ungeeignet ist

WhatsApp überträgt standardmäßig Telefonnummern und Kontaktinformationen [12] an Meta (Facebook), auch von Personen, die der Nutzung nicht zugestimmt haben. In einem solidarischen Miteinander sollte

man die Daten von niemanden ohne Konsens solchen Konzernen oder anderen preisgeben. Viele unserer Werte sind nicht vereinbar mit den Geschäftsgebaren eines kapitalistischen US-Technologie-Konzerns mit uns widerstrebenden politischen Ambitionen. Parteiinterne Kommunikation gehört unserer Meinung nach nicht in die Hände eines solchen Werbekonstruktions. Zudem legt WhatsApp keinerlei Wert auf Datenschutz: WhatsApp zeigt zum Beispiel jeder*m Gruppenteilnehmer*in alle Handynummern aller anderen Mitglieder jeder noch so großen WhatsApp Gruppe an. Viele Menschen lehnen daher WhatsApp aus politischer Überzeugung und/oder Datenschutzbedenken ab. Diese zu exkludieren oder auf diese Plattform zu drängen, sollte nicht Bestandteil unserer Parteiarbeit sein.

Wie bereits erwähnt, kann WhatsApp auf Basis der Metadaten (wer wann und wo mit wem kommuniziert) ganze soziale - und hier auch parteiinterne - Strukturen nachvollziehen bzw. rekonstruieren. Bei einer weiter anhaltenden autoritären Wende oder gar im Falle einer AFD-Regierung drohen reale Gefahren: Repressionen in einem nie da gewesenen Ausmaß werden so ermöglicht [13] - insbesondere wenn andere behördliche oder geheimdienstliche Informationen verknüpft werden.

Fazit

Wer WhatsApp nicht nutzt, ist kein*e Querulant*in, sondern eine Person, die Verantwortung übernimmt – für sich und andere.

Du musst nicht gleich alles ändern. Aber vielleicht installierst du einfach mal eine Alternative – als ersten Schritt. Die nächste Unterhaltung könnte dann nicht nur privat, sondern auch politisch ein Statement sein.

Daher fordert der 10. Landesparteitag der Linken in Hamburg, die Netzwerkeffekte und die Monopolstellung von Tech-Monopolisten zu brechen.

Das beginnt im Kleinen und somit auch bei Dir.

Niemals alleine, immer gemeinsam.

Fußnoten

[1] <https://signal.org/de/download/>

[2] <https://element.io/de/download>

[3] <https://threema.com/de/download/threema-private>

[4] <https://netzpolitik.org/2021/metadaten-wo-das-eigentliche-privacy-problem-von-whatsapp-liegt/>

[5] <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/digitales/meta-whatsapp-werbung-100.html>

[6] <https://www.businessinsider.de/gruenderszene/technologie/whatsapp-brian-acton-packt-aus/>

[7] <https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/great-hack-cambridge-analytica-ist-nur-die-spitze-des-eisbergs>

[8] <https://www.deutschlandfunk.de/rohingya-klage-facebook-100.html>

[9] <https://signal.org/bigbrother/district-of-columbia/>

[10] <https://www.theguardian.com/global/2025/apr/20/carole-cadwalladr-ted-talk-this-is-what-a-digital-coup-looks-like-its-not-too-late-to-stop-trump-and-the-silicon-valley-brologarchy-from-controlling-our-lives-but-we-must-act-now>

[11] <https://www.theguardian.com/us-news/2025/jun/16/why-a-professor-of-fascism-left-the-us-the-lesson-of-1933-is-you-get-out>

[12] <https://datenschutzprofi24.de/weitergabe-der-kontaktdaten-ueber-whatsapp-ist-illegal/>

[13] <https://netzpolitik.org/2025/us-analysesoftware-palantir-macht-polizei-und-militaer-politisch/>

Antrag A15: Krieg der Reichen, Krise der Vielen – Wir bezahlen nicht für eure Kriege!

Laufende Nummer: 44

Antragsteller*in:	Ann-Christin Dimon, Jan Walenda
Unterstützer*innen:	Steffen Schöttker
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Als am 28.03.2026 die USA und Israel den Iran angriffen. Mittlerweile sind im
2 Iran circa 1500 und im Libanon mehr als 900 getötete Zivilist*innen durch die
3 Angriffe der USA und Israels zu beklagen (Stand 26.03.2026). Tausende Menschen
4 werden vertrieben und sind auf der Flucht vor den massiven Bombardements. Zivile
5 Infrastruktur wird für die kommenden Jahre, wenn nicht sogar Jahrzehnte zerstört
6 und die Region erneut durch imperiale Bestrebungen destabilisiert. Auch
7 Deutschland und Europa tragen Verantwortung für diese Eskalation, da sie den
8 rechtsradikalen Regierungen in den USA und Israel keinen Einhalt geboten haben,
9 weiterhin Kriegswaffen in die Region exportieren und diesen Krieg sowie seine
10 vorgeschobenen Ziele nicht verurteilen. Wir, Die Linke Hamburg, sind gegen
11 diesen Krieg und alle weiteren kriegerischen Auseinandersetzungen. Wir
12 verurteilen die dahinterstehenden Interessen und setzen uns klar und deutlich
13 für ein Ende ein!

14 Da wir in einer globalisierten Welt leben, sind auch wir hier in Deutschland
15 nicht lange von den Auswirkungen dieses Krieges, der von zwei rechtsradikalen
16 Regierungen begonnen wurde, um ihre Großmachtsfantasien in Südwestasien zu
17 verwirklichen, nicht verschont geblieben. Diese sind ausdrücklich nicht mit
18 denen der dortigen Bevölkerung zu vergleichen, da es sich für uns lediglich um
19 indirekte Auswirkungen handelt.

20 Dennoch hat der Krieg gegen den Iran, genau wie der russische Angriffskrieg
21 gegen die Ukraine, massive Auswirkungen auf die Lebenshaltungskosten der
22 arbeitenden Klasse, die diese Aggressionen nicht zu verantworten hat.

23 Innerhalb weniger Stunden, nach dem Beginn des Krieges, stiegen die Spritpreise
24 bereits in schwindelerregende Höhen. Es wurde sehr schnell klar, dass erneut
25 multinationale Öl-Konzerne versuchen, an der Krise mitzuverdienen und der
26 arbeitenden Klasse noch mehr ihres hart verdienten Lohns aus der Tasche zu
27 ziehen.

28 Durch eine sabotierte Energiewende durch CDU, SPD und FDP, Kungelei mit den
29 großen Öl-Konzerne und des vernachlässigten ÖPNV-Ausbaus, verstärken sich die
30 Auswirkungen dieses Angriffskrieges.

31 Der Weg zur Arbeit, zum Supermarkt oder zum Arzt wird dadurch immer teurer. Die
32 Heizkosten steigen erneut und bürden einem Großteil der Mieter*innen finanziell
33 massive Belastungen auf. Nun droht, dass auch Lebensmittelkonzerne die Chance
34 nutzen und Grundnahrungsmittel noch weiter verteuern. All das während
35 Arbeitgeber*innen-Verbände die daraus resultierende schwache Wirtschaft nutzen,

36 um Löhne zu drücken und bei der Bundesregierung für ungerechte Steuerreformen
37 und eine Schwächung der Arbeitnehmer*innenrechte zu lobbyieren.

38 Die Linke Hamburg sagt: Es reicht. Wir bezahlen nicht für eure Kriege! Wir
39 stehen an der Seite der arbeitenden Klasse – sei es im Iran, im Libanon oder
40 hier in Deutschland. Sie haben diese imperialistische und profitgetriebene
41 Gewalt nicht zu verantworten!

42 Deswegen setzen wir als Die Linke Hamburg uns in allen Bezirksverbänden und
43 Basisorganisationen sowie in den Fraktionen der Bezirksversammlungen und der
44 Bürgerschaft für geeignete Aktionsformen ein, um diese Kriege zu verurteilen und
45 uns gegen die daraus resultierende Gier zu wehren:

- 46 • Wir suchen den Dialog mit unseren Bündnispartnern aus Gewerkschaften,
47 Sozialverbänden und zivilgesellschaftlichen Initiativen, um Schnittmengen
48 in der Antikriegs- und Sozialpolitik auszuloten. Wo immer möglich,
49 unterstützen wir deren Mobilisierungen gegen die sozialen Folgen des
50 Krieges und bringen unsere Friedensforderungen in diese breiten Bündnisse
51 ein.
- 52 • Wir setzen uns dafür ein unsere Präsenz in den Gewerkschaften und Betrieben
53 zu stärken, um so Arbeiter*innen zu organisieren und bessere Löhne und
54 Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Dafür unterstützen wir entschlossen den
55 Antrag der LAG Betrieb und Gewerkschaft und setzen uns für die Umsetzung
56 ein.
- 57 • Wir setzen uns in den Bezirksversammlungen und der Bürgerschaft für
58 geeignete und sozialverträgliche Maßnahmen zur Umsetzung des
59 Zukunftsentscheids ein, um so das Klima und das Portmonee zu schützen.
- 60 • Wir rufen zu all diesen Aktionsformen öffentlichkeitswirksam über die uns
61 verfügbaren Kanäle auf, um möglichst viele Menschen zu erreichen und sie
62 für linke Politik zu begeistern.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag A16: Menschenrechte verteidigen, Partizipation unterstützen - Migrationsfeindliche Politik in Hamburg bekämpfen

Laufende Nummer: 39

Antragsteller*in:	Dr. Carola Ensslen, LAG Flucht und Migration
Unterstützer*innen:	Ann-Christin Dimon, Axel Hopfmann, Eckart Wagner, Jan Libbertz, Jasmin Subklewe, Klaus-Peter Berndt, Leo Müller, Marie Kleinert, Nicole Caputo, Norbert Grosz, Toni Fochmann
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Linke Hamburg wird in folgenden Bereichen aktiv, setzt sich ein, trägt dazu
- 2 bei oder wirkt hin auf:
- 3 • Rücknahme der Kürzungen bei der psychosozialen Versorgung von Geflüchteten
- 4 sowie gegen die Beschränkungen beim Zugang zu Integrationskursen;
- 5 • solidarische Unterstützung für von den Kürzungen betroffene Menschen, auch
- 6 durch konkrete Hilfsangebote;
- 7 • verbindliche Mindeststandards bei der Unterbringung von geflüchteten
- 8 Menschen;
- 9 • Einführung eines Gesundheits-Screenings in der Erstaufnahme, bei dem auch
- 10 verpflichtend auf Traumatisierungen und andere psychische Belastungen
- 11 untersucht wird;
- 12 • mehr Sichtbarkeit der migrationspolitischen Themen innerhalb und außerhalb
- 13 der Partei;
- 14 • gegen die drohende Kriminalisierung von Bezahlkarten-Tauschaktionen;
- 15 • gegen die rassistischen Kontrollen in Hamburg, insbesondere am Hansaplatz
- 16 und an der Hafentreppe;
- 17 • eine öffentliche Debatte, in der die universellen Menschenrechte Vorrang
- 18 vor nationalen Interessen erhalten und den vorherrschenden
- 19 migrationsfeindlichen Narrativen offensiv eine faktenbasierte, positive
- 20 Erzählung entgegengestellt wird;
- 21 • eine bessere Vernetzung zwischen Fraktionen und Partei zum Thema Migration
- 22 und Flucht – sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene.

Begründung

„Die Linke steht für eine solidarische Einwanderungsgesellschaft, in der alle Menschen unabhängig von Pass, Herkunft, Hautfarbe, kultureller oder religiöser Zugehörigkeit die gleichen Rechte und Chancen haben. Wir gehen keinen Zentimeter nach rechts!“

Parteiprogramm, Erfurter Parteitag 2011

Im Selbstverständnis der Linken gehört zum Kampf gegen Rechts eine klare Positionierung pro Migration,

Asyl und die universelle Gültigkeit der Menschenrechte. Sie zeigt sich daher solidarisch mit Menschen unabhängig von Pass, Herkunft, Hautfarbe, kultureller oder religiöser Zugehörigkeit und sexueller Orientierung oder Identität. Die Linke stellt sich gegen den rechten Kulturkampf, der Migrant*innen als Sündenböcke stigmatisiert.

Die Bundesregierung diffamiert Flucht vor Krieg, Verfolgung, Diskriminierung und Elend als „irreguläre“ oder sogar „illegale“ Migration und fabuliert damit die Notwendigkeit herbei, die Grenzen gegen eine angebliche Bedrohung der Gesellschaft schützen zu müssen. Sie nähert sich nicht nur rhetorisch, sondern mit ihrer realen Migrationspolitik immer weiter der AfD an. Während sie bei der Umsetzung der GEAS-Reform, die das Recht auf Asyl faktisch abschafft, noch deutlich über die EU-Vorgaben hinaus geht, während sie Asylsuchende an den Grenzen widerrechtlich zurückweist und „Turbo-Einbürgerungen“ nach nur drei Jahren wieder abgeschafft hat, beobachten wir die Auswüchse dieser Verschiebung seit Jahren auch in Hamburg. Beschleunigte Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber*innen werden auch hier brutal durchgesetzt. Der Hamburger Senat macht bei Abschiebungen keinen Halt vor dem Kirchenasyl, Frauenhäusern, Jugendhilfeeinrichtungen und Krankenhäusern einschließlich psychiatrischer Stationen. Hamburg hat sogar Taliban zu Gast, um Afghanen auf ihre Staatsangehörigkeit hin zu überprüfen.

Der Hamburger Senat machte sich zum Vorreiter migrationsfeindlicher Politik. Die vorseilende Umsetzung von Forderungen der AfD durch den Hamburger Senat ist erschreckend. So ist Hamburg mit der Einrichtung eines sog. Dublin-Zentrums und Sekundärmigrationszentrums vorgeprescht, das es ansonsten nur noch in Eisenhüttenstadt in Brandenburg an der polnischen Grenze gibt. Das Dublin-Zentrum im Bargkoppelweg 60 ist die wortwörtliche Umsetzung der AfD-Kernforderung nach „Bett, Brot und Seife“. Schutzsuchende Menschen, die laut BAMF keinen Anspruch auf Asyl in Deutschland haben, weil sie über einen EU-Mitgliedsstaat eingereist sind, erhalten hier nur Sachleistungen sowie einen geringen Betrag von 8,82 € für Hygieneartikel, der auf die Bezahlkarte geladen wird.

Auch Menschen mit Schutzstatus in einem anderen EU-Mitgliedsland, insbesondere in Griechenland, werden vermehrt dort untergebracht, nachdem das Bundesverwaltungsgericht im April 2025 entschieden hatte, dass Alleinstehenden, erwerbsfähigen und nichtvulnerablen internationalen Schutzberechtigten bei einer Rückkehr nach Griechenland keine erniedrigenden oder unmenschlichen Lebensbedingungen drohen würden. Zwar hätten - so die Begründung des Bundesverwaltungsgerichts - „viele Schutzberechtigte unmittelbar nach der Ankunft keinen Zugang zu staatlichen Unterstützungsleistungen“, doch könnten sie ihre „Grundbedürfnisse einschließlich Ernährung ... durch eigenes Erwerbseinkommen ... in der sogenannten Schattenwirtschaft decken.“

Gleichzeitig werden Menschen durch jahrelang dauernde Visumsverfahren sowie das Aussetzen des Familiennachzugs von subsidiär Schutzberechtigten von ihren Familien getrennt, durch strukturelle Verschärfungen von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen und in Unterkünften isoliert.

Insgesamt fehlt es in Hamburg an einem Unterbringungskonzept und an Mindeststandards für die Unterbringung. So wurden Verträge für Notunterkünfte wie in der Schlachthofstraße trotz massiver Missstände verlängert. Schutzsuchende Menschen sehen sich gezwungen, Repressionen durch Sicherheitspersonal, verschimmelte und defekte Hygieneeinrichtungen, verdorbenes Essen und den Mangel an Privatsphäre zu ertragen. Doch selbst wenn sie „alles richtig machen“ – also Deutschkurse besuchen, einen Job haben oder familiäre Bindungen vorweisen – gibt es keine Garantie auf ein Bleiberecht. Und auch hier wird alles getan, den Weg in ein Bleiberecht zu erschweren: Integrationskurse werden gestrichen, die Asylverfahrensberatung nicht mehr gefördert und psychosozialen Zentren die Mittel gekürzt. Hinzu kommen rassistische Kontrollen, die zu Illegalisierung führen. Somit bleiben nur wenige Möglichkeiten, sich selbst zu helfen oder Unterstützung zu erhalten.

Die menschenunwürdigen Bedingungen, unter denen Geflüchtete in Hamburg – etwa im Dublin-Zentrum oder in Notunterkünften – leben müssen, sind kein Zufall, sondern politisch gewollt. Auch auf

europäischer Ebene wird im Rahmen der Dublin-Verfahren bewusst in Kauf genommen, dass Menschen unter prekären und entwürdigenden Umständen leben – ganz zu schweigen von den zusätzlichen Erschwernissen während der Flucht –, um abschreckend zu wirken. Daraus abzuleiten, dass künftig weniger Menschen kommen und deshalb Infrastruktur für Aufnahme und Integration zurückgebaut werden könne, ist zynisch und menschenverachtend. Diese auf der Aberkennung von Rechten Geflüchteter basierende Haushaltslogik von SPD und Grünen lehnen wir ab.

Das in Hamburg gestartete Bezahlkarten-Pilotprojekt, das Asylbewerberleistungen nur noch über eine VISA-Debit-Karte bereitstellt, ist ein weiterer Beleg für den Rechtsruck in Hamburg und seit 2024 auch bundesweit. Betroffene können monatlich maximal 50 € Bargeld abheben, Überweisungen und SEPA-Mandate müssen einzeln freigegeben werden. Da zudem Onlinehandel unmöglich bleibt, werden Menschen nicht nur stigmatisiert, sondern aktiv von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen. Partizipation ist hier offensichtlich nicht erwünscht.

Die Einführung der Bezahlkarte wurde damit begründet, dass Anreize zur Einreise nach Deutschland gesenkt, Kosten reduziert und Behörden entlastet würden. Zudem sollen angebliche Überweisungen an „Schleuser im Ausland“ unterbunden werden. Keiner dieser Punkte fußt auf Fakten. Sie wurden durch Studien widerlegt oder – wie im Falle der Behördenentlastung – in Hamburg erst gar nicht datentechnisch erhoben.

Dass dadurch hohe Kosten für die Kommunen in Millionenhöhe entstehen können, zeigen Erfahrungen aus anderen Bundesländern. Durch die Einzelfreigaben von Überweisungen und SEPA-Mandaten entsteht zudem ein Mehraufwand, der die vermeintliche Entlastung durch den Wegfall der Bargeldauszahlungen bei Weitem übersteigt. Auch Bearbeitungszeiten von Anträgen und die personelle Besetzung der Leistungsabteilung des Amtes für Migration haben sich seit der Einführung der Bezahlkarte vor zwei Jahren nicht verbessert.

Viele dieser Praktiken sind rechtswidrig. So haben das Sozialgericht Hamburg wie auch andere Sozialgerichte im Bundesgebiet festgestellt, dass der komplette Leistungsausschluss und das Einschränken auf die sog. Überbrückungsleistungen („Bett, Brot und Seife“) für Geflüchtete im sog. Dublin-Verfahren grundsätzlich rechtswidrig sind. Dies hält das Amt für Migration jedoch weiterhin nicht davon ab, die Leistungen entsprechend zu kürzen. Geflüchtete müssen in jedem Einzelfall und in für sie belastenden Verfahren ihre Rechte mühsam einklagen.

Antrag A18: Für eine friedensorientierte Westasienpolitik – Völkerrecht achten, Zivilgesellschaft in Iran, Libanon und Syrien stärken

Laufende Nummer: 45

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Unterstützer*innen:	Claudia Falk, Nicole Caputo, Steffen Schöttker
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Gewalt in Westasien ist durch die völkerrechtswidrigen Angriffe der USA und
- 2 Israel auf den Iran und den Libanon seit Anfang März weiter eskaliert.
- 3 Im Iran antwortet das Regime auf demokratische Proteste, feministische und
- 4 gewerkschaftliche Bewegungen sowie die Forderung nach Selbstbestimmung mit
- 5 massiver Gewalt, Inhaftierungen und Hinrichtungen. Die Attacken der USA und
- 6 Israels treffen Regime und Bevölkerung unterschiedslos, wie die Bombardierung
- 7 einer Mädchenschule oder die Zerstörung einer Wasserentsalzungsanlage zeigen.
- 8 Durch den Einmarsch israelischer Bodentruppen und die Luftschläge im Grenzgebiet
- 9 spitzt sich auch die Lage im Libanon immer weiter zu. Seit Anfang März wurden
- 10 über 1,2 Millionen Menschen vertrieben und sind auf der Flucht. Mitglieder der
- 11 israelischen Regierung sprechen offen über die dauerhafte Besetzung, teilweise
- 12 sogar Annexion des Südlibanon.
- 13 In Syrien hält die humanitäre Notlage auch nach dem Sturz des Assad-Regimes an.
- 14 Die Zerstörung von Infrastruktur, die Nachwirkungen schwerster Kriegsverbrechen,
- 15 die Präsenz islamistischer Akteure sowie autoritärer Strukturen in Teilen des
- 16 Landes verhindern einen gerechten und demokratischen Wiederaufbau.
- 17 Zivilgesellschaftliche Initiativen, Selbstverwaltungsstrukturen, Frauen sowie
- 18 verschiedene marginalisierte Bevölkerungsgruppen arbeiten unter schwierigsten
- 19 Bedingungen daran, demokratische, soziale und inklusive Alternativen aufzubauen
- 20 – häufig ohne ausreichende internationale Unterstützung und unter massiver
- 21 Bedrohung.
- 22 Leidtragende solcher Entwicklungen sind am Ende immer die Menschen vor Ort. Denn
- 23 sie sind es, die unter Hunger und Durst leiden, verletzt, vertrieben,
- 24 misshandelt und getötet werden. Sie sind es, die weiter entrechtet werden und
- 25 deren Selbstbestimmung beschnitten bleibt.
- 26 Deutschland trägt für dieses Leid Mitverantwortung: Mit über 13 Milliarden Euro
- 27 an Rüstungsexporten ist die Bundesrepublik 2025 zur viertstärksten
- 28 Waffenexportnation weltweit aufgestiegen. Bundesregierung und EU setzen auf eine
- 29 Politik der „Stabilität“, die letztlich nur autoritäre Regime aufwertet, und
- 30 eine wirtschaftliche Sanktionspolitik, die vor allem die Bevölkerung trifft. Für
- 31 Kanzler Merz gilt das Völkerrecht nicht universell, sondern nur im Rahmen des
- 32 eigenen Weltbilds. Auch deswegen gibt es keinerlei Bestrebungen, die Nutzung
- 33 militärischer Infrastruktur auf deutschem Boden für diese Kriege zu verhindern.

34 Die Linke Hamburg stellt sich dieser Politik entgegen. Wir treten für eine
35 konsequente friedens- und menschenrechtsorientierte Westasien-Politik ein, die
36 Abrüstung, Diplomatie und die Einhaltung des Völkerrechts in den Mittelpunkt
37 stellt. Es ist unsere internationalistische Pflicht, die demokratischen
38 Bewegungen vor Ort zu unterstützen.

39 Wir fordern die Bundesregierung auf:

- 40 • Sofortiger Stopp aller Rüstungs- und Waffenexportgüter aus Deutschland und
41 der EU nach Westasien
- 42 • Keine Nutzung militärischer Infrastruktur auf deutschem Boden für
43 völkerrechtswidrige Angriffe
- 44 • Umfassende Transparenz über die und wirksame parlamentarische Kontrolle der
45 Nutzung ausländischer Militärstandorte
- 46 • Atomare Eskalation um jeden Preis verhindern: Keine Angriffe auf
47 Atomanlagen, kein Einsatz bereits vorhandener Atomwaffen und konsequenter
48 Einsatz für nukleare Rüstungskontrolle
- 49 • Konsequente Ächtung von Chemiewaffen: Lückenlose Aufklärung jedes Verdachts
50 von Chemiewaffeneinsatz in der Region sowie Unterstützung internationaler
51 Mechanismen zur Dokumentation, Strafverfolgung und Entschädigung von
52 Betroffenen
- 53 • Klare Verurteilung jeder Gewalt gegen Oppositionelle, Frauen, queere
54 Personen, Gewerkschafter*innen, Journalist*innen und marginalisierte
55 Gruppen sowie Einsatz für die Freilassung politischer Gefangener
- 56 • Deutliche Ausweitung der humanitären Hilfe für die Bevölkerung auf
57 Grundlage internationaler humanitärer Prinzipien mit planbarer,
58 mehrjähriger Finanzierung
- 59 • Keine direkte oder indirekte Zusammenarbeit mit islamistischen Akteuren,
60 Milizen oder Regimen, die schwerste Menschenrechtsverletzungen begehen.
61 Unterstützung muss gezielt denjenigen zugutekommen, die für Demokratie,
62 Gleichberechtigung, Minderheitenrechte und soziale Gerechtigkeit eintreten.
- 63 • Anerkennung und Förderung der demokratischen Selbstverwaltungsstrukturen in
64 Nord- und Ostsyrien (DAANES), die konkrete Alternativen zu autoritären und
65 fundamentalistischen Kräften in Syrien aufbauen
- 66 • Bundesweiter Abschiebestopp in die Region: Stattdessen Ausbau sicherer
67 Zugangswege und Aufnahmeprogramme für besonders gefährdete Gruppen

68 Der Hamburger Senat wird aufgefordert, im Rahmen seiner Möglichkeiten
69 zivilgesellschaftliche Akteur*innen aus der Region zu unterstützen und sich
70 gegenüber Bund und Ländern für eine menschenrechtsbasierte Politik einzusetzen.

71 Die Linke Hamburg wird sich gemeinsam mit den Abgeordneten auf Landes- Bundes-
72 und EU-Ebene dafür einsetzen, die Positionen dieses Antrags in der öffentlichen
73 Debatte z.B. über parlamentarische Initiativen oder Veranstaltungen sichtbar zu
74 machen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag A19: Verteidigung unserer demokratischen Parteistruktur gegen Verschwörungserzählungen

Laufende Nummer: 40

Antragsteller*in:	Gernot Wolter, Eckart Wagner, Gernot Wolter, Peter Alexander, Rhia Baguley, Rainer Behrens, Verena Brachvogel, Vanessa Düren, Carola Ensslen, Margret Geitner, Hila Latifi, Jasmin Subklewe
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesverband Die Linke Hamburg stellt sich klar gegen die zunehmende
- 2 Verbreitung der Verschwörungserzählung, dass Genoss:innen wegen ihrer
- 3 palästinasolidarischen Haltung aus der Partei ausgeschlossen oder vorübergehend
- 4 Mitgliedsrechte einbüßen würden.
- 5 Für solche Eingriffe in Mitgliedsrechte hat Die Linke aufgrund ihrer
- 6 Schiedsordnung unabhängige Schiedskommissionen auf Länderebene und als
- 7 Berufungsinstanz eine Bundesschiedskommission eingesetzt und ihre Mitglieder
- 8 gewählt, die in rechtsstaatlichen, fairen Verfahren prüfen, ob ein Mitglied
- 9 vorsätzlich gegen die Satzung oder erheblich gegen Grundsätze oder Ordnung der
- 10 Partei verstoßen und ihr damit schweren Schaden zugefügt hat.
- 11 Der Landesparteitag der Linken Niedersachsen hat nun im März beschlossen, sich
- 12 mit der Kampagne "Keine Linke ohne uns" zu solidarisieren, die die Arbeit der
- 13 Schiedskommissionen attackiert mit der Behauptung, es würden politische Prozesse
- 14 gegen Menschen aus der Palästinasolidarität geführt werden.
- 15 Damit stellt sich jetzt sogar neben einzelnen Mitgliedern ein Parteitag gegen
- 16 die Schiedskommissionen des Bundes und sogar anderer Bundesländer.
- 17 Die Linke Hamburg lehnt diese Kampagne ab, weil sie wahrheitswidrig Stimmung
- 18 gegen unabhängig nach der Schiedsordnung der Partei und im Rahmen der
- 19 gesetzlichen Vorgaben arbeitende und mit von Parteitag gewählten Genoss:innen
- 20 besetzte Schiedskommissionen macht.
- 21 Unsere Solidarität gilt den ehrenamtlich arbeitenden Genoss:innen in den
- 22 Schiedskommissionen, die durch diese Kampagne unter Druck gesetzt werden sollen
- 23 und deren Arbeit durch solche Kampagnen in den Schmutz gezogen wird.

Begründung

So wird von der genannten Kampagne in den Sozialen Medien behauptet, dass der Ex-Genosse Kilani "wegen Palästinasolidarität aus der Partei Die Linke ausgeschlossen" worden sei (z.B. Post vom 27.2.2026). Diese Darstellung ist schlicht die Unwahrheit und Propaganda. Der Beschluss ist veröffentlicht unter <https://www.die-linke.de/fileadmin/beschluesse-bschk/2025/BSchK-002-2025.pdf>. Die schwerwiegenden Sachverhalte, mit denen der Ausschluss unter Bezug auf die hohen gesetzlichen Hürden begründet wurde, wurden vom Ex-Genossen nicht bestritten und haben nichts mit einer palästinasolidarischen Positionierung zu tun.

Insbesondere die Bundesschiedskommission wird damit als politisches Schautribunal dargestellt, was

völlig inakzeptabel ist.

Wir müssen uns vor unsere ehrenamtlichen - auch Hamburger - Bundesschiedskommissionsmitglieder stellen.

Es gibt hohe grundrechtliche und gesetzliche Hürden für den Entzug und auch die Einschränkung der Mitgliedsrechte in einer Partei. Danach kann ein Mitglied nur dann aus der Partei ausgeschlossen werden, wenn es vorsätzlich gegen die Satzung oder erheblich gegen Grundsätze oder Ordnung der Partei verstößt und ihr damit schweren Schaden zufügt. Gerade im genannten Einzelfall wurde die Arbeit z.B. der Bundesschiedskommission diesen Anforderungen ausdrücklich gerecht, wie die sehr ausführliche und nachvollziehbare Begründung zeigt.

Antrag A20: Für gleiche Rechte im Nahen Osten – gegen jeden Rassismus und Antisemitismus

Laufende Nummer: 47

Antragsteller*in:	Geschäftsführender Landesvorstand
Unterstützer*innen:	Jan Walenda, Klaus-Peter Berndt, Marie Kleinert, Nicole Caputo
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Für gleiche Rechte im Nahen Osten – gegen jeden 2 Rassismus und Antisemitismus

3 I. Einordnung

4 Die Linke hat auf ihrem Bundesparteitag 2024 in Halle einen Beschluss zur
5 Situation in Israel und Palästina gefasst, der die Perspektiven der betroffenen
6 Akteur*innen ernst nimmt, die asymmetrischen Machtverhältnisse benennt und an
7 die Verantwortung aller regionalen und internationalen Akteure für eine
8 politische Lösung appelliert. Dieser wegweisende Beschluss erkennt das besondere
9 historische Verhältnis Deutschlands zu Israel an und weitet diese Verantwortung
10 ausdrücklich auch auf die Sicherheit, Selbstbestimmung und Würde der
11 Palästinenser*innen aus. Seitdem hat sich die Situation weiter katastrophal
12 entwickelt.

13 Das Massaker der Hamas und verbündeter Milizen am 7. Oktober hatte die
14 israelische Bevölkerung erschüttert und verängstigt, der ohnehin
15 marginalisierten israelischen Friedensbewegung schweren Schaden zugefügt und zu
16 einer weiteren Radikalisierung der jüdisch-israelischen Gesellschaft geführt.
17 Die darauffolgenden militärischen Reaktionen der israelischen Regierung haben zu
18 einer regionalen Eskalation geführt, deren Folgen bis heute anhalten. Der
19 Gazastreifen ist in weiten Teilen zerstört, zehntausende Palästinenser*innen
20 wurden getötet, die humanitäre Lage bleibt katastrophal. Internationale
21 Menschenrechtsorganisationen und zahlreiche Völkerrechtler*innen sprechen
22 angesichts der systematischen Zerstörung ziviler Infrastruktur, der massenhaften
23 Tötung von Zivilist*innen, der Vertreibungsrhetorik führender israelischer
24 Regierungsmitglieder und der Blockade humanitärer Hilfe von schwersten
25 Völkerrechtsverbrechen bis hin zu einem Genozid. Auch wir in der Linken sind
26 mehrheitlich davon überzeugt, dass die systematisch begangenen Verbrechen einen
27 Völkermord darstellen. Zugleich sprechen wir uns klar dagegen aus, Menschen, die
28 Zweifel daran haben, dass der juristische Tatbestand des Genozids erfüllt ist,
29 fälschlicherweise zu unterstellen, sie würden damit die israelischen
30 Kriegsverbrechen leugnen oder gar unterstützen. Wir begrüßen daher ausdrücklich
31 die Untersuchung der Vorwürfe durch den Internationalen Gerichtshof und den
32 Internationalen Strafgerichtshof. Inmitten dieser Zerstörung besteht die
33 palästinensische Gesellschaft weiter. Menschen organisieren sich, dokumentieren,

34 beharren auf ihre Existenz und ihrem Recht auf Selbstbestimmung.

35 Auch im Westjordanland verschärft sich die Lage dramatisch. Die eskalierende und
36 tägliche Gewalt bewaffneter Siedler*innen, militärische Übergriffe der
37 israelischen Armee, großflächige Vertreibungen palästinensischer Gemeinden und
38 der fortgesetzte Siedlungsbau, insbesondere das Projekt E1, zerstören die
39 letzten realen Voraussetzungen für einen souveränen und zusammenhängenden
40 palästinensischen Staat. Dabei ist nicht erst, aber endgültig seit Juli 2024
41 auch juristisch klar, dass die Besatzung, Entrechtung und Vertreibung in
42 Palästina durch Israel eindeutig völkerrechtswidrig ist und Israel dazu nach
43 internationalem Recht verpflichtet ist, die völkerrechtswidrig besetzten Gebiete
44 zu Räumen und endlich palästinensische Selbstbestimmung zuzulassen.[1]
45 Gleichzeitig kommt es zu bewaffneten Angriffen palästinensischer Akteure auf
46 israelische Soldat*innen und Zivilist*innen, die wir unmissverständlich
47 verurteilen.

48 Diese Entwicklungen sind eingebettet in eine israelische Regierungspolitik, die
49 zunehmend autoritär, nationalistisch und offen expansionistisch agiert und sich
50 dabei auf internationale Rückendeckung stützt. Die palästinensische Bevölkerung
51 hingegen fordert seit Jahrzehnten das ein, was ihr völkerrechtlich zusteht:
52 einen eigenen Staat, Selbstbestimmung, ein Ende der Besatzung. Diese Forderung
53 ist keine Verhandlungsmasse, sie ist die politische Grundlage jeder ernsthaften
54 Lösung. Die Friedensinitiativen der letzten Jahre, einschließlich Trumps
55 sogenannten „Friedensplans“ von 2025, missachten das Selbstbestimmungsrecht der
56 Palästinenser*innen und verfestigen faktisch eine völkerrechtswidrige Ein-Staat-
57 Realität, die von jüdisch-israelischer Vorherrschaft geprägt ist.

58 Die Politik der aktuellen aber auch einiger vorherigen Regierungen verändert
59 auch die israelische Gesellschaft selbst: fortschreitende Militarisierung,
60 systematischer Abbau rechtsstaatlicher Institutionen etwa durch die Justizreform
61 und wachsende internationale Isolation sind Ausdruck einer autoritären
62 Entwicklung, vor der wir als Linke nicht die Augen verschließen dürfen.
63 Gefährlich ist auch die schleichende Normalisierung von Besatzung und Gewalt
64 innerhalb Israels.

65 Fast 80 Jahre nach der Staatsgründung Israels und nahezu 60 Jahre nach Beginn
66 der völkerrechtswidrigen Besatzung ist die Perspektive eines gerechten Friedens
67 weiter entfernt denn je. Der – allerdings brüchige – Waffenstillstand im
68 Gazastreifen und die damit verbundene Freilassung aller israelischen Geiseln und
69 größtenteils unrechtmäßig inhaftierten palästinensischen Gefangenen aus
70 israelischen Gefängnissen sind demgegenüber Schritte, die wir begrüßen.

71

72 **II. Linke Politik, innerparteiliche Verantwortung und Selbstverständigung**

73 Die Debatte über Israel und Palästina ist für Die Linke keine außenpolitische
74 Randfrage. Sie berührt zentrale Fragen unseres friedenspolitischen und
75 emanzipatorischen Selbstverständnisses. Zugleich ist sie in der Gesellschaft wie
76 in unserer Partei umstritten und von unterschiedlichen historischen,
77 theoretischen und biografischen Zugängen geprägt.

78 In der Partei wird über den Zionismus als politische Ideologie, über die

79 Charakterisierung des Konflikts als siedlungskolonial, über das Verhältnis von
80 Antisemitismus und Antizionismus sowie über Formen legitimen politischen
81 Widerstands kontrovers diskutiert. Diese Debatten sind notwendig. Sie dürfen
82 jedoch weder in Relativierungen von Gewalt noch in gegenseitige Delegitimierung
83 umschlagen.

84 Wir halten fest: Das Unrecht gegenüber den Palästinenser*innen begann nicht erst
85 1967 oder 2023, sondern spätestens 1948 mit der Nakba, der Flucht und
86 Vertreibung hunderttausender Palästinenser*innen im Zuge der israelischen
87 Staatsgründung und des darauffolgenden Angriffs der arabischen Nachbarstaaten.
88 Diese historische Erfahrung ist zentral für das palästinensische
89 Selbstverständnis und darf weder relativiert noch marginalisiert werden.
90 Gegenwärtig leben Millionen palästinensische Geflüchtete in Flüchtlingslagern
91 sowie in der ausländischen Diaspora. Ihnen wird bis heute der Zugang zu ihrem
92 Heimatland verwehrt.

93 Gleichzeitig erkennen wir an, dass der Zionismus seit dem späten 19. Jahrhundert
94 auch eine historische Reaktion auf jahrhundertelangen europäischen
95 Antisemitismus war und für Jüdinnen und Juden zu dieser Zeit einen legitimen
96 Wunsch nach Sicherheit und Selbstbestimmung ausdrückte. Palästina als
97 historischer Bezugspunkt schien ihnen als Heimstatt geeignet, dies missachtete
98 aber auf fatale Weise die Perspektive der indigenen arabischen Bevölkerung, auch
99 wenn es in der zionistischen Bewegung stets Stimmen gegeben hat, die für eine
100 friedliche Koexistenz eintraten. Für zahlreiche Jüdinnen und Juden war die
101 Flucht nach Palästina dann in den 1930er und 1940er Jahren zudem die einzige
102 Möglichkeit, dem nationalsozialistischen Vernichtungsantisemitismus zu
103 entkommen. Nach der Staatsgründung wurde Israel auch zum Zufluchtsort für
104 Jüdinnen und Juden, die etwa aus arabischen Ländern und Osteuropa vertrieben
105 wurden. Diese Ambivalenz anzuerkennen, bedeutet weder, koloniale Elemente des
106 Zionismus zu leugnen, noch heutige Unrechtsverhältnisse zu rechtfertigen.

107 Wir bekennen uns daher weiterhin unmissverständlich zum Selbstbestimmungsrecht
108 von Jüdinnen und Juden im heutigen Staat Israel. Genauso unmissverständlich
109 bekennen wir uns zum Selbstbestimmungsrecht von Palästinenser*innen in einem
110 unabhängigen Staat Palästina. Dies schließt ausdrücklich das Existenzrecht
111 Israels und das Existenzrecht Palästinas im Sinne einer integrativen
112 Zweistaatenlösung ein.

113 Zugleich stellen wir fest, dass Israel der palästinensischen Bevölkerung in den
114 völkerrechtswidrig besetzten Gebieten die politische und nationale
115 Selbstbestimmung und grundlegende Menschenrechte vorenthält. Innerhalb Israels
116 erleben Palästinenser*innen soziale und politische Diskriminierung, die bisher
117 zumindest formale rechtliche Gleichstellung wird zunehmend in Frage gestellt.
118 Die Lage zwischen Mittelmeer und Jordan ähnelt daher aktuell einer Ein-Staaten-
119 Realität mit jüdisch-israelischer Vorherrschaft.

120 Aus dieser Analyse folgt für uns als Partei eine doppelte Verantwortung: gegen
121 Antisemitismus in all seinen Formen sowie für den Schutz jüdischer
122 Selbstbestimmung und gleichzeitig für die Rechte, die Sicherheit und die
123 Selbstbestimmung der Palästinenser*innen sowie gegen anti-palästinensischen
124 Rassismus einzustehen. Beides ist untrennbar miteinander verbunden.

125 Diese Verantwortung wahrzunehmen heißt für uns, solidarische und auf
126 wechselseitige Anerkennung und Empathie ausgerichtete politische
127 Lösungsvorschläge von lokalen Akteur*innen zu unterstützen, die demokratisch
128 legitimiert sind und die sowohl für das Selbstbestimmungsrecht sowohl von
129 Palästinenser*innen eintreten als auch das von Jüdinnen und Juden schützen. Wir
130 berücksichtigen diese Perspektiven in unserer politischen Auseinandersetzung.
131 Dabei orientieren wir uns an völkerrechtlichen Maßstäben, menschenrechtlichen
132 Analysen sowie an den Erfahrungen und Perspektiven der Betroffenen selbst.

133 Wir verurteilen die Hamas als islamistische, antisemitische Organisation und
134 lehnen ihre Gewalt entschieden ab. Zugleich wissen wir, dass militärische
135 Unterdrückung, Besatzung und Entrechtung keine Sicherheit schaffen, sondern
136 Gewalt reproduzieren. Unsere politischen Bezugspunkte sind jene
137 zivilgesellschaftlichen, linken, gewaltfreien, feministischen und anticolonialen
138 Kräfte in Israel und Palästina, die für Gleichberechtigung, ein Ende der
139 Besatzung und eine gemeinsame Zukunft in Freiheit und Sicherheit aller Menschen
140 in der Region eintreten.

141 Die innerparteilichen Fachgespräche der letzten Monate haben gezeigt, wie groß
142 der Bedarf an politischer Klärung, an gegenseitigem Zuhören und an Schutz vor
143 Diffamierung ist. Als Partei wollen wir diese Debatten solidarisch, kontrovers
144 und respektvoll führen. Für Gewaltverherrlichung, Einschüchterung,
145 antisemitische oder rassistische Positionen ist dabei kein Platz.

146 Gleichzeitig verteidigen wir all diejenigen, die sich für palästinensische
147 Rechte, für einen Waffenstillstand und für einen gerechten Frieden engagieren
148 und dabei Repression, Kriminalisierung oder Polizeigewalt erfahren. Friedlicher
149 Protest, internationale Solidarität und auch Boykott- und Sanktionsaufrufe sind
150 legitime Mittel politischer Auseinandersetzung, sofern sie wirksam und
151 zielgerichtet die Verantwortlichen für Kriegsverbrechen und Besatzungspolitik,
152 aber nicht unterschiedslos die israelische Bevölkerung treffen.

153

154 **Für unsere politische Praxis heißt das:**

- 155 • Die Linke führt innerparteiliche Debatten zu Israel und Palästina
156 strukturiert, transparent und geschützt vor Diffamierung. Politischen
157 Kampagnen und Mobilisierungen gegen Genoss*innen treten wir gemeinsam
158 entgegen.
- 159 • Die Linke stellt sich gegen jede Form von Antisemitismus, antimuslimischem
160 Rassismus und gegen die Instrumentalisierung des Nahostkonflikts für
161 innenpolitische Hetze.
- 162 • Die Linke setzt sich weiterhin für die Anerkennung des Staates Palästina im
163 Einklang mit sämtlichen UN-Resolutionen, für den Abbau illegaler jüdischer
164 Siedlungen im besetzten Westjordanland sowie für eine integrative
165 Zweistaatenlösung ein, in der das Selbstbestimmungsrecht sowohl von
166 Palästinenser*innen als auch von Jüdinnen und Juden verwirklicht werden
167 kann. Sie stärkt dafür den Austausch mit progressiven Kräften in Israel und
168 Palästina und macht ihre Stimmen sichtbar. Wir schätzen dabei auch die
169 Bemühungen von progressiven Akteur*innen in Israel und Palästina, das

170 Nationalstaatsmodell auch in Israel und Palästina perspektivisch zu
171 überwinden und dieses in Richtung einer verschränkten Staatlichkeit mit
172 gleichen Rechten und gleicher Selbstbestimmung für alle Menschen in Israel
173 und Palästina weiterzuentwickeln.

174 • Die Linke verteidigt das Recht auf friedlichen Protest und politische
175 Meinungsfreiheit für einen gerechten Frieden in Israel und Palästina auch
176 dann, wenn Positionen umstritten sind.

177 In diesem Sinne beteiligen wir uns als Die Linke an Demonstrationen für den
178 Frieden, gegen Antisemitismus und Rassismus und für das Selbstbestimmungsrecht
179 von Jüdinnen und Juden sowie Palästinenser*innen in Israel und Palästina. Wir
180 organisieren Veranstaltungen zur Aufklärung über die aktuelle Situation in
181 Israel und Palästina sowie ihre ambivalente historische Genese und erarbeiten
182 entsprechende Materialien.

183

184 **III. Unsere Forderungen**

185 Die deutsche Bundesregierung trägt eine besondere Verantwortung. Diese
186 Verantwortung darf nicht auf eine einseitig verstandene „Staatsräson“ reduziert
187 werden, die Völkerrechtsverletzungen relativiert oder legitimiert. Deutschland
188 ist völkerrechtlich verpflichtet, Waffenlieferungen in Konfliktregionen zu
189 unterlassen und aktiv zur Beendigung von Besatzung, Krieg und Unterdrückung
190 beizutragen.

191 Die fortgesetzte politische, diplomatische und militärische Unterstützung der
192 israelischen Regierung trotz dokumentierter Kriegsverbrechen stellt einen Bruch
193 mit diesen Verpflichtungen dar. Der Antrittsbesuch des Bundeskanzlers Merz bei
194 Benjamin Netanjahu trotz internationalem Haftbefehl war ein fatales Signal der
195 Normalisierung.

196 Ein gerechter Frieden setzt die Anerkennung der palästinensischen
197 Selbstbestimmung ebenso voraus wie die Sicherheit jüdischen Lebens. Dies
198 schließt die Anerkennung der historischen Verantwortung für die Nakba und die
199 Notwendigkeit einer Verhandlung über das Rückkehrrecht palästinensischer
200 Geflüchteter ein, wie sie unter anderem in UN-Resolutionen vorgesehen ist.

201

202 **Wir fordern:**

- 203 • Den konsequenten Einsatz der Bundesregierung für einen sofortigen,
204 tatsächlichen und nachhaltigen Waffenstillstand an allen Fronten!
- 205 • Den Rückzug der israelischen Armee aus allen seit 1967 völkerrechtswidrig
206 besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich der aktuell im
207 Südlibanon und in Syrien eingenommenen Besatzungspunkte.
- 208 • Hilfe leisten! Die ausreichende humanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung
209 im Gazastreifen, den Wiederaufbau der Zivileinrichtungen und Infrastruktur,
210 insbesondere Wohnhäuser, Krankenhäuser, Schulen, Universitäten und
211 religiösen Stätten.
- 212 • Die Umwandlung der UN Resolution 2803 in eine die palästinensische
213 Selbstbestimmung nachhaltig unterstützende Resolution, die die Umwandlung

- 214 des „Board of Peace“ von einem neo-kolonialen Instrument hin zu einer
215 demokratisch legitimierten Körperschaft die palästinensisches
216 Selbstbestimmungsrecht in den Mittelpunkt rückt.
- 217 • Die Bundesregierung soll Palästina als eigenen Staat in den Grenzen von
218 1967 mit Ostjerusalem als Hauptstadt anerkennen, um so die Möglichkeiten
219 einer gerechten, das Selbstbestimmungsrecht sowohl von Palästinenser*innen
220 als auch von Jüdinnen und Juden in Israel und Palästina verwirklichenden
221 politischen Lösung zu stärken und damit einen nachhaltigen Friedensprozess
222 in Israel und Palästina zu befördern.
 - 223 • Deutschland und die EU müssen auch den Druck auf die noch ausstehenden
224 Staaten der Region erhöhen, den Staat Israel im Rahmen einer friedlichen
225 Lösung in Israel und Palästina anzuerkennen und der Forderung nach einer
226 Vernichtung des Staates entgegenzutreten. Dies gilt besonders für den Iran,
227 dessen Regime nicht nur die eigene Bevölkerung unterdrückt, sondern durch
228 die Unterstützung von Milizen auch die Kriege in der Region befeuert hat.
 - 229 • Schluss mit Besatzung, Vertreibung und Siedlungsbau! Der Internationale
230 Gerichtshof (IGH) hat in seinem Rechtsgutachten vom 19. Juli 2024
231 festgestellt, dass die israelische Besatzung der Westbank, des
232 Gazastreifens und Ostjerusalems gegen das Völkerrecht verstößt und dass
233 Israel verpflichtet ist, die Besatzung „so schnell wie möglich“ zu beenden.
234 Wir unterstützen gewaltfreie Versuche, die Besatzungspolitik Israels zu
235 beenden ausdrücklich. Darin eingeschlossen sind zielgerichtete
236 Boykottaufrufe gegen Produkte aus den besetzten Gebieten und Forderungen
237 nach wirtschaftlichen Sanktionen gegen Akteur*innen, die von der illegalen
238 Besatzungspolitik profitieren. Die Linke wird mit darüber hinaus
239 parlamentarischen Initiativen im Bundestag versuchen, den Forderungen des
240 IGH-Gutachtens Geltung zu verschaffen.
 - 241 • Israel muss sich entsprechend des Waffenstillstandsabkommens mit dem
242 Libanon aus dem November 2024 aus libanesischem Gebiet zurückziehen.
 - 243 • Die Hamas muss ihren bewaffneten Kampf, ihr Ziel einer Zerstörung Israels
244 und ihre Diktatur in Gaza aufgeben, um den Weg zu Frieden und
245 demokratischer Selbstregierung der Palästinenser*innen frei zu machen.
 - 246 • Die materielle und diplomatische Unterstützung jener Organisationen und
247 zivilgesellschaftlichen Kräfte, die in Israel und Palästina gemeinsam für
248 Dialog, Selbstbestimmung und gleiche Rechte eintreten – gerade dort wo das
249 unter Repression und extremen Druck geschieht.
 - 250 • Die konsequente Unterstützung internationaler Gerichtsbarkeit und die
251 vollständige Aufklärung und Ahndung aller Verstöße gegen das humanitäre
252 Völkerrecht und die Menschenrechte. Die Handlungsfähigkeit der Vereinten
253 Nationen und ihrer Organisationen – insbesondere UNWRA – muss gegen
254 politischen Druck und Finanzierungsentzug aktiv verteidigt werden.
 - 255 • Geflüchtete schützen! Wir fordern, dass Geflüchtete aus Gaza und dem
256 Westjordanland umgehend den Flüchtlingsstatus in Deutschland erhalten und
257 vor Abschiebung geschützt werden. Es braucht die Einrichtung eines
258 Aufnahmeprogramms mit zusätzlichen Plätzen, das den betroffenen Menschen

259 einen gesicherten Status und damit eine sichere Zukunft in Deutschland
260 ermöglicht. Wir fordern die Bundesregierung auf, die aktuelle Praxis des
261 BAMF zu beenden, wonach Anträge nicht behandelt werden, weil die Lage in
262 Gaza zu unübersichtlich sei.

263 • Palästinensisches Leben in Deutschland schützen und stärken! Wir setzen uns
264 für Dialogprojekte sowie politische und kulturelle Initiativen ein, die der
265 palästinensischen Kultur und Geschichte mehr Sichtbarkeit im deutschen
266 öffentlichen Diskurs verschaffen und verdeutlichen damit, dass
267 palästinensisches Leben auch zu Deutschland gehört!

268 • Jüdisches Leben in all seiner Vielfalt in Deutschland schützen und stärken!
269 Wir setzen uns für eine Stärkung der Beziehungen zu den vielfältigen
270 jüdischen Verbänden und Akteur*innen in Deutschland ein um ihre Stimmen im
271 öffentlichen Diskurs und im Alltag zu stärken. Antisemitismus und Hass
272 gegen Jüdinnen und Juden werden wir niemals tolerieren.

273

274 [1] <https://www.icj-cij.org/node/204176>

Antrag A21: Antifaschistische Mobilisierung organisieren: gemeinsam dem Rechtsruck widersetzen

Laufende Nummer: 48

Antragsteller*in:	David Stoop, LAG Antifa, LAG Bewegungslinke
Unterstützer*innen:	Ann-Christin Dimon, Marie Kleinert, Norbert Grosz, Toni Fochmann
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Antifaschistische Mobilisierung organisieren:** 2 **gemeinsam dem Rechtsruck widersetzen**

3 Wir erleben eine gefährliche Faschisierung der Gesellschaft. Rechte Netzwerke
4 agieren zunehmend enthemmt, während rassistische und nationalistische Narrative
5 bis weit in die vermeintliche Mitte hinein normalisiert werden. Es geht nicht
6 mehr nur um Wahlergebnisse; es geht um den gezielten Umbau des
7 gesellschaftlichen Klimas hin zu Ausgrenzung und Autoritarismus. Wenn die
8 extreme Rechte Räume besetzt, bedroht dies die Freiheit und Sicherheit all
9 jener, die nicht in ihr rückwärtsgewandtes Weltbild passen.

10 Als Linke haben wir die notwendigen Antworten auf die Krisen unserer Zeit
11 formuliert. Wir fordern eine konsequente linke Wirtschafts- und Klassenpolitik,
12 die soziale Sicherheit gegen rechte Hetze setzt, wir bringen Bildungsarbeit
13 voran und wir unterstützen den parlamentarischen Weg für ein AfD-Verbot, um den
14 Feinden der Demokratie die staatlichen Ressourcen zu entziehen. Doch wir wissen
15 auch: Papier ist geduldig. Antifaschismus darf kein Lippenbekenntnis bleiben,
16 das nur in Anträgen und Wahlprogrammen existiert.

17 Wenn Rechtsextreme versuchen, ihre Netzwerke zu normalisieren und ihre
18 menschenfeindliche Agenda auf die Straße oder in die Parlamente zu tragen,
19 braucht es uns. Die Geschichte lehrt uns, dass wir uns dem Faschismus physisch
20 und entschlossen entgegenstellen müssen.

21 Antifaschistische Mobilisierung bedeutet heute mehr als nur zuzuschauen. Wir
22 rufen dazu auf, sich an Aktionen des friedlichen zivilen Ungehorsams zu
23 beteiligen. Durch Sitzblockaden und entschlossenen, gemeinsamen Protest setzen
24 wir ein deutliches Zeichen: Wir überlassen den Rechten keinen Millimeter.
25 Ziviler Ungehorsam ist in Zeiten des Rechtsrucks kein Selbstzweck, sondern eine
26 notwendige Notwehr für eine solidarische Gesellschaft.

27 Deshalb unterstützen wir das Aktionsbündnis „Widersetzen“ finanziell und
28 organisatorisch und beteiligen uns mit möglichst vielen Genoss*innen an der
29 Mobilisierung zum 8. Mai nach Demmin und am 4. Juli nach Erfurt.

Antrag A22: Resolution/Antrag: Solidarität mit Kuba – US-Imperialismus bekämpfen, Blockade beenden und Perspektiven schaffen!

Laufende Nummer: 49

Antragsteller*in:	David Stoop, LAG Bewegungslinke, LAG Völkerrecht
Unterstützer*innen:	Claudia Falk, Jan Walenda, Nicole Caputo, Norbert Grosz, Rainer Behrens
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Solidarität mit Kuba – US-Imperialismus bekämpfen,** 2 **Blockade beenden und Perspektiven schaffen!**

3 Der Parteitag erklärt seine uneingeschränkte Solidarität mit der kubanischen
4 Bevölkerung, die aktuell unter der schwersten wirtschaftlichen und humanitären
5 Krise seit Jahrzehnten leidet.

6 **Die völkerrechtswidrige Blockade beenden**

7 Seit über 60 Jahren stranguliert die US-Blockade die Entwicklung der Insel.
8 Diese Sanktionen sind völkerrechtswidrig und stellen eine Form der kollektiven
9 Bestrafung dar. Die Einstufung Kubas als „staatlicher Unterstützer des
10 Terrorismus“ durch die USA ist willkürlich und verhindert den Zugang zu
11 internationalen Finanzmärkten sowie dringend benötigten Devisen. Wir fordern die
12 Bundesregierung und die EU auf, ihren Druck auf die USA zu intensivieren, um
13 dieses Embargo sofort zu beenden.

14 **Völkerrecht durchsetzen – US-Imperialismus zurückdrängen**

15 Die aggressive Politik der USA gegenüber Kuba ist ein Relikt des Kalten Krieges
16 und ein offener Angriff auf die nationale Souveränität. Wir lehnen jede Form
17 imperialistischer Einmischung und die extraterritoriale Anwendung von
18 Sanktionen, wie sie der Helms-Burton-Act vorsieht, entschieden ab. Es darf nicht
19 hingenommen werden, dass eine Großmacht ihr politisches System durch
20 wirtschaftliche Erpressung weltweit erzwingen will. Die Durchsetzung des
21 Völkerrechts und das Recht jedes Volkes auf Selbstbestimmung müssen wieder zum
22 Maßstab internationaler Politik werden. Wir setzen uns für eine Weltordnung ein,
23 in der die UN-Charta schwerer wiegt als die geopolitischen Machtansprüche der
24 Trump Regierung in Washington.

25 **Die humanitäre Katastrophe stoppen**

26 Die aktuelle Lage ist dramatisch: Massive Engpässe bei der Stromversorgung, ein
27 Mangel an Grundnahrungsmitteln und der Zusammenbruch der medizinischen
28 Versorgung treffen die Schwächsten der Gesellschaft am härtesten. Wir fordern
29 eine Ausweitung der direkten humanitären Hilfe und eine Erleichterung von
30 Handelsbeziehungen, damit Medikamente und Lebensmittel die Menschen ungehindert
31 erreichen können.

32 **Voraussetzungen für eine demokratische Entwicklung**

33 Wir unterstützen den Wunsch der kubanischen Gesellschaft nach einer
34 selbstbestimmten, demokratischen und sozialen Entwicklung. Klar ist jedoch:
35 Wahre Partizipation und politische Öffnung brauchen soziale Sicherheit als
36 Fundament. Solange die Menschen mit dem täglichen Überlebenskampf und
37 existentiellen Versorgungskrisen beschäftigt sind, sind die Voraussetzungen für
38 einen breiten gesellschaftlichen Dialog massiv erschwert. Die Blockade von außen
39 ist das größte Hindernis für Reformen im Inneren.

40 **Kuba ist nicht allein!**

41 Wir setzen uns ein für:

- 42 • Die sofortige Streichung Kubas von der US-Terrorliste.
- 43 • Den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe.
- 44 • Ein Ende der Einmischung in die Souveränität des Landes.

Antrag A23: Der Einsatz für Frieden und gegen die Wehrpflicht ist praktisch: Kriegsdienstverweigerungsberatung in Hamburg jetzt einrichten

Laufende Nummer: 50

Antragsteller*in:	Olga Fritzsche, Mesut Demirtas, David Stoop, Jan Libbertz, LAG Linke hilft
Unterstützer*innen:	Ann-Christin Dimon, Claudia Falk, Jan Walenda, Jasmin Subklewe, Kevin Vollbrich, Leo Müller, Marinus Johannes Stehmeier, Toni Fochmann
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Der Einsatz für Frieden und gegen die Wehrpflicht ist 2 praktisch: Kriegsdienstverweigerungsberatung in 3 Hamburg jetzt einrichten

- 4 • Die bestehende Arbeitsgruppe der LAG „die Linke hilft“ soll ihre Arbeit
5 fortsetzen und ein Konzept zur Kriegsdienstverweigerungsberatung erarbeiten
6 und dem Landesvorstand sowie den Bezirksvorständen zur Implementierung
7 vorlegen.
- 8 • Die Beratung soll von geschulten Berater*innen nach den Prinzipien der
9 Parteilichkeit, des Respekts vor der Autonomie der Klient*innen sowie der
10 Wahrung von Vertraulichkeit und Datenschutz erfolgen. Auf der Grundlage
11 bestehender Schutzkonzepte soll ein eigenes Schutzkonzept für den
12 Beratungskontext mit Minderjährigen erarbeitet werden. Erst wenn dieses
13 verabschiedet und alle Berater*innen darin geschult sind, wird die
14 Beratungstätigkeit aufgenommen. Die Berater*innen sind in einem
15 Berater*innenkollektiv in der LAG Die Linke hilft organisiert.
- 16 • Der Landesvorstand und die Bezirksvorstände sind aufgerufen, die Tätigkeit
17 des Berater*innenkollektivs finanziell und organisatorisch zu unterstützen
18 und Sorge zu tragen, dass die Beratungstätigkeit möglichst flächendeckend
19 erfolgt und in geeigneter Weise öffentlich beworben wird.

Begründung

Die Wiedereinführung oder Ausweitung der Wehrpflicht stellt einen sicherheitspolitischen Rückschritt dar und widerspricht den Grundwerten einer solidarischen, friedensorientierten Gesellschaft. Aus linker Sicht ist die Wehrpflicht abzulehnen, weil sie auf Zwang beruht und junge Menschen in ein hierarchisches System der militärischen Gewalt einbindet, anstatt ihnen Wege zu einer friedlichen Konfliktlösung aufzuzeigen. Sie ist zudem eingebettet in eine Politik der Blockkonfrontation und der Aufrüstung die im krassen Widerspruch zu den Interessen junger Menschen steht.

Der Staat darf nicht das individuelle Recht auf körperliche und geistige Selbstbestimmung einschränken,

indem er Bürger*innen zur militärischen Ausbildung und damit mittelbar zur Beteiligung an potenziellen Kriegshandlungen verpflichtet. In Zeiten globaler Krisen, sozialer Ungleichheit und internationaler Eskalationen braucht es keine Militarisierung der Gesellschaft, sondern eine Stärkung ziviler, humanitärer und diplomatischer Strukturen.

Die aktuelle Debatte um Wehrpflicht oder soziale Pflichtdienste verschleiert zudem die strukturellen Ursachen sozialer Probleme: fehlende soziale Sicherheit, ungleiche Bildungschancen und den Personalmangel in sozialen Einrichtungen, der durch faire Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen gelöst werden muss – nicht durch Zwangsdienste.

Eine linke Friedenspolitik bedeutet, Nein zu Zwangsdiensten zu sagen – und Ja zu Aufklärung, Frieden und sozialer Gerechtigkeit.

Aus diesen Gründen wollen wir als Linke in Hamburg **Kriegsdienstverweigerungsberatungen**, anbieten, um unseren politischen Kampf für Frieden und gegen die Einführung einer Wehrpflicht mit konkreten Hilfen für Betroffene zu verbinden.

Antrag A24: Rüstungsindustrie enteignen und eindämmen!

Laufende Nummer: 46

Antragsteller*in:	Gerd-Hinrich Schnepel
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Eindämmung und Enteignung der Rüstungsindustrie

2 Kapitalismus, allzumal bei den gigantischen Profitmargen in der
3 Rüstungsindustrie, hat keine Moral. Für die „war dogs“ gilt "Gier first" und gut
4 ist, was Profit bringt, auch wenn das unermessliches Leid, unsägliche Traumata
5 und unzählige Tote kostet. Und Vernichtung riesiger Werte. Bei einem Engagement
6 im Rüstungssektor, Investition in Tötungsgerätschaften also, geht man im
7 wahrsten Sinn des Wortes über Leichen. Ergo: je mehr Leichen auf dem
8 Schlachtfeld, je mehr verstümmelte und anders verletzte Kriegssopfer, umso mehr
9 Profit.

10 Der Krieg in der Ukraine und die Reaktion der NATO-Staaten bescheren z.B. der
11 Düsseldorfer Waffenschmiede Rheinmetall prall gefüllte Auftragsbücher, genauso
12 wie Israels Kriege und sicher auch die anderen, gegenwärtig laufenden. So
13 steigerte Rheinmetall seinen Umsatz 2025 um 29 Prozent auf rund 9,9 Milliarden
14 Euro. Das operative Ergebnis wuchs sogar um ein Drittel auf 1,8 Milliarden Euro.
15 Der Auftragsbestand liegt inzwischen bei 63,8 Milliarden Euro – so viel wie noch
16 nie.

17 Auch an der Börse zeigt sich das: Am 23. Februar 2022, dem Tag vor dem
18 russischen Angriff auf die Ukraine, lag der Wert einer Rheinmetall-Aktie bei
19 96,80 Euro. Dieser Tage kostete eine Aktie 1.550 Euro, der Kurs hat sich also
20 innerhalb von vier Jahren versechzehnfacht. Und steigt weiter.

21 Es ist ein an sich unerträglicher Gedanke, daß Aktionäre und Aktionärinnen und
22 andere Eigner und Eignerinnen dieses Industriesektors sich bereichern, daß sie
23 daran Geld verdienen, daß dieses Leid und diese Zerstörungen stattfinden. An
24 dieser Tatsache kommt kein Rechtfertigungsversuch vorbei. Es gib auch keine
25 Rechtfertigung für den Vorgang des Wohlhabendwerdens durch Töten.

26 Kriege finden heutzutage dennoch weiterhin statt; das ist offensichtlich; die
27 jeweilige Einordnung bzw. politische Analyse, Schuldzuweisung etc. haben
28 natürlich zu geschehen, auch und gerade durch die Partei Die Linke, aber ein
29 dringender konkreter Versuch einer ersten Eindämmung ist überfällig:

30 Die auf der Welt viertgrößte, also die deutsche, Rüstungsindustrie muss
31 enteignet werden. Ein solches Gesetz zu erlassen, wäre ziemlich einfach und
32 grundgesetzkonform, bis auf den auszuhaltenden Frust einiger Milliardärsfamilien
33 und weiterer Aktienbesitzerinnen und -besitzer und ihrer Familien; auch
34 Gewerkschaften und Betriebsräte müssten anfangen umzudenken;
35 Arbeitsplatzsicherheit ist hier nicht das höchste der Güter.

Begründung

Ein entsprechendes Gesetz würde 3 unmittelbare Vorteile mit sich bringen:

1. Rüstung würde billiger, weil die Milliarden Privatprofite wegfallen und sinnvoll in Bildung, Gesundheit, Biolandbau, Klimaschutz investiert werden könnten statt für Waffen etc. ausgegeben zu werden. D.h. **nicht**, daß Rüstungsgewinne z.B. Kindergärten bauen, sondern daß diese Gewinne gar nicht anfallen: Beispiel Sondervermögen Bundeswehr gibt ungeheuer viel Geld aus, das im Sozialbereich dann fehlt. Wir wollen es dort ausgegeben haben, wo es hingehört, indem wir den Anteil Privatprofit aus den Rüstungskosten **streichen**.
2. Demokratische Kontrolle. Auf- und Abrüstung wären rein politische Fragen und müssten nicht Börsenkurse, Gewinne und Arbeitsplätze berücksichtigen. Abrüstungsschritte wären eher möglich und gangbar, Rüstungsexporte würden in der Regel mehr und mehr reduzierbar. Unter demokratisch politischer Kontrolle würden die Exporte und evtl. die Rüstungsindustrie selber **abschaffbar**, durch Parlament und Regierung.
3. Ein paar hundert Reiche und die paar Superreichen hätten ein Gewissensproblem weniger ..., desgleichen die in Rüstungsbetrieben Arbeitenden.

Die Rüstungsproduktion würde an den **politisch zu definierenden** Notwendigkeiten eines Verteidigungskrieges entlang konzipiert. Ansonsten und andersherum würden mehr Kriege provoziert, WEIL die Besitzenden dieser Industrie diese Profite herbeigieren würden und auch die dem Kapitalismus innewohnende Notwendigkeit der steigenden Profitrate dies erzwänge.

Auch Pazifisten und Pazifistinnen könnten das als einen der ersten Schritte zum Ende der Kriege mittragen, da der private Gewinn als ein wichtiges Motiv für Rüstung und Krieg wegfiel und Rüstung demokratisch kontrolliert und beeinflussbar würde und nicht mehr durch die Börse, durch Rüstungslobby usw.

Der Parteitag Hamburg möge diesen Antrag an die Bundespartei weitergeben, vor allem da gerade jetzt viele Kriege stattfinden, die Zeit drängt, dieser erste Eindämmungsschritt muss schnell versucht werden. Außerdem muss diese ganze Thematik in die Programmdebatte der Partei Die Linke an prominenter Stelle Eingang finden. Die Bevölkerung ist sicherlich aufgeschlossen für den Vorschlag, den Reichen baldigst diese Möglichkeit des Bereicherns zu nehmen.

Antrag A25: Gemeinsam für Sozialstaat statt Kürzungs- und Rüstungsstaat

Laufende Nummer: 51

Antragsteller*in:	AG Studierendenpolitik
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Gemeinsam für Sozialstaat statt Kürzungs- und** 2 **Rüstungsstaat**

3 „Wenn ich über grundlegende Veränderungen spreche, dann heißt das auch: Wir
4 werden als Gesellschaft insgesamt mehr arbeiten müssen.“ Lars Klingbeil, Rede
5 bei der Bertelsmann Stiftung, 25.3.26

6 „Ich möchte voraussagen, dass der Lebensstandard in den fortschrittlichen
7 Ländern in hundert Jahren vier- bis achtmal so hoch sein wird wie heute. (...) Mit
8 Drei-Stunden-Schichten oder einer Furnfzehn-Stunden-Woche kann das Problem eine
9 ganze Weile hinausgeschoben werden. Denn drei Stunden am Tag reichen völlig aus,
10 um den alten Adam in den meisten von uns zu befriedigen!“
11 John Maynard Keynes, „Wirtschaftliche Möglichkeiten fur unsere Enkelkinder“,
12 11./18.10.1930

13

14 Seit John Maynard Keynes' Prognose vor fast 100 Jahren hat sich die
15 Produktivität in Deutschland verzehnfacht. Damals wie heute verläuft der
16 gesellschaftliche Konflikt entlang der Frage, wofür gearbeitet, entwickelt und
17 produziert wird: für den Profit einiger weniger oder die Entwicklung des
18 Gemeinwohls für die 99%.

19 Dass so viele Menschen bei der Arbeit, ehrenamtlich und auch politisch fur ein
20 solidarisches Gemeinwesen aktiv sind, ist von hoher Bedeutung für die
21 gesellschaftliche Entwicklung – im Engagement und Einsatz für mehr Qualität in
22 den Kitas und gebuhhrenfreie Bildung, sozial-kritische und zivile Wissenschaft
23 und Hochschulen, neu erkämpfte Reallohnsteigerungen und angemessene Bezahlung,
24 Aktionen gegen Arbeitsverdichtung und mehr Personal im Gesundheitssektor,
25 aufklärend eingreifende Theater, sozial offene Museen, Solidarität mit
26 Geflüchteten oder die Realisierung des Rechts auf Wohnen. Dieses Engagement ist
27 die Alternative zur Verrohung durch Krieg und Konkurrenz. Tagtäglich wird sich
28 der neoliberalen Einrede, jede:r sei des eigenen Glückes Schmied, widersetzt,
29 mit sympathischer Bezugnahme, ernsthaftem Interesse, Völkerverständigung,
30 kritischer Diskussion, engagierter Öffentlichkeit und Solidarität.

31 Damit Soziales, Kultur, Bildung, Wissenschaft, Gesundheit und weitere
32 öffentliche Dienste fur alle menschenwurdig ausgebaut werden können, musssen
33 diese Bereiche bedarfsgemäß staatlich finanziert werden, statt wie aktuell zu

34 Gunsten der Steigerung von privatem Reichtum und dem Umbau zum Rüstungsstaat
35 zusammengekürzt zu werden. Dafür soll kein Geld da sein? Der Hamburgische Senat
36 hat massive Kürzungen angekündigt. Doch Olympia-Bewerbung, Kühne-Oper und
37 Elbtower-Desaster zeigen deutlich: Wenn der politische Wille vorhanden ist,
38 werden Mittel bereitgestellt. Hinzu kommt: In Hamburg leben 42.000 Millionäre
39 und elf Milliarden. Der Hetze von Merz – wohl gemerkt Blackrock-Manager a.D. –
40 , dass der Sozialstaat nicht mehr finanzierbar sei, muss sich nicht unterworfen
41 werden, hier ist Widerspruch angesagt. Denn die Bereitstellung von unendlichen
42 Milliarden für Aufrüstung und zusätzlich 500 Milliarden für Infrastruktur, wovon
43 vorrangig die Rüstungsindustrie profitiert, oder Milliarden-Hilfen für Banken
44 und Konzerne zeigen nicht etwa klamme Staatskassen, sondern eine völlig
45 fehlgeleitete Politik der Begünstigung von Kapital und Profit.

46 Aus den Hamburger Hochschulen – auf Initiative der Studierendenschaft und
47 Belegschaft der Universität Hamburg – regt sich Protest: Die kommenden Wochen
48 werden von deren Mitgliedern zur Auseinandersetzung um die bedarfsgemäße
49 Finanzierung von Wissenschaft, Bildung und Forschung zum Allgemeinwohl gemacht.
50 Es geht um den Ausbau ziviler, auf Kooperation und Völkerverständigung
51 orientierter, sozial-kritischer, aufklärerisch-demokratischer Bildung und
52 Wissenschaft mit verstärkter öffentlicher Finanzierung als Initiator für eine
53 soziale wie zivile Zeitenwende insgesamt. Dafür braucht es akut den Ausgleich
54 des durch die anhaltende Unterfinanzierung angewachsenen Defizits, den
55 dauerhaften Ausgleich von Inflation und Tarifsteigerungen, sowie stetig
56 wachsende Grundmittel für gute Arbeits-, Studien- und Forschungsbedingungen
57 (<https://ag-ausfinanzierung.blogs.uni-hamburg.de/>).

58 Die Linke bekräftigt ihren Kampf um den Ausbau eines emanzipatorischen
59 Sozialstaats. Frieden, soziale Wohlfahrt und umfassende Demokratie sind Maßstäbe
60 der Hamburger Verfassung. Sie müssen eingelöst werden. Es ist längst möglich,
61 die soziale und kulturelle Teilhabe aller Menschen zu ermöglichen und zu
62 verbessern. Im Zuge der anstehenden Haushaltsverhandlungen werden wir dies
63 verstärkt in die öffentliche Auseinandersetzung bringen.

64 Vor diesem Hintergrund nehmen wir uns vor:

- 65 1. Die Linke Hamburg beteiligt sich am Aufbau eines stadtweiten Bündnisses für
66 die bedarfsgerechte Ausweitung der Finanzierung der öffentlichen
67 Daseinsvorsorge, die Abschaffung der Schuldenbremse und damit das Ende der
68 Austeritätspolitik. Dabei klärt die Linke insbesondere über den
69 internationalistischen Gehalt des Kampfs um den Sozialstaat auf. Die
70 Umverteilung von oben nach unten sowie von Aufrüstung zu Sozialstaat
71 schränkt objektiv das schädliche Potential des Großkapitals ein. Im Kampf
72 um Würde und sozialen Fortschritt sind wir weltweit mit der arbeitenden
73 Bevölkerung verbunden.
- 74 2. DIE LINKE Hamburg veranstaltet gemeinsam mit der Bürgerschaftsfraktion eine
75 öffentliche Anhörung zu dem humanen, fortschrittlichen Inhalt der Arbeit
76 und zu den Bedarfen von Akteuren der öffentlichen Daseinsvorsorge für eine
77 Ausweitung deren gemeinwohlförderlichen Tätigkeiten. In diesem Zuge soll
78 auch über die bisher angedrohten Kürzungen in den unterschiedlichen
79 Bereichen durch die öffentliche Hand aufgeklärt und für eine

80 Solidarisierung gegen die Teile-und-Herrsche-Politik des Senats gewirkt
81 werden.

82 3. „Kampf den Kürzungen!“ (Antragsteller: AStA) und „Für die Ausfinanzierung
83 der Hochschulen zum allgemeinen Wohl“ (Antragsteller: Bündnis für
84 Aufklärung und Emanzipation) und wirkt in ihrem Sinne parlamentarisch und
85 außerparlamentarisch für Aufklärung und Organisation.

86

87 Wir wollen auf Erden glücklich sein,
88 Und wollen nicht mehr darben;
89 Verschlemmen soll nicht der faule Bauch,
90 Was fleißige Hände erwarben.

91 Es wächst hienieden Brot genug
92 Für alle Menschenkinder,
93 Auch Rosen und Myrten, Schönheit und Lust,
94 Und Zuckererbsen nicht minder.

95 Heinrich Heine: Deutschland, ein Wintermärchen, 1844

96

97 [1] Zu finden unter: [https://www.stupa.uni-](https://www.stupa.uni-hamburg.de/dokumente/datenbank/vorlagen/wp-2526/2526-050-01.pdf)
98 [hamburg.de/dokumente/datenbank/vorlagen/wp-2526/2526-050-01.pdf](https://www.stupa.uni-hamburg.de/dokumente/datenbank/vorlagen/wp-2526/2526-050-01.pdf)

Antrag A26: Das Scheitern der US-Politik, der Aufbruch der Völker und die Rolle der Linken

Laufende Nummer: 52

Antragsteller*in:	AG Studierendenpolitik
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Das Scheitern der US-Politik, der Aufbruch der Völker** 2 **und die Rolle der Linken**

3 „Ein Glied desselben Leibes ist ein jedes Menschenkind
4 Weil von derselben Wesensart wir alle sind
5 Und trifft ein Schicksalsschlag ein Glied im Lauf der Zeit
6 So spüren alle seine Glieder dieses Leid
7 Wenn dich das Unglück anderer nicht quält
8 Dann ist der Name »Mensch« für dich verfehlt.“

9 Sa'adi (persischer Dichter, geb. um 1210; gest. um 1292), „Bani Adam“
10 (Dieses Gedicht hängt auf Farsi in Form eines Wandteppichs im UN-Hauptquartier
11 in New York)

12 Die Hegemonie der USA, der einflussreichsten kapitalistischen Macht schwindet
13 global zusehends. Weltweit gewinnen Forderungen nach Frieden, Abrüstung,
14 sozialer Gerechtigkeit und Kooperation auf Augenhöhe an Zustimmung, die Kämpfe
15 für eine menschenfreundliche Welt nehmen zu, nicht zuletzt aus den Ländern des
16 globalen Südens: Sei es der Aufbau eines humanistischen Gesundheits- und
17 Bildungswesens in Kuba, die Schaffung von 5 Millionen Sozialwohnungen in den
18 letzten zwanzig Jahren in Venezuela, die dem Genozid widerstehende und
19 Gerechtigkeit für alle fordernde Bevölkerung Palästinas, sei es die
20 Verstaatlichung von Bodenschätzen in der Allianz der Sahel-Staaten, der
21 überreligiöse demokratische Konföderalismus in Syrien, die massenhafte Armut
22 bekämpfende Sozial- und Genossenschaftsbewegung im indischen Kerala oder die
23 Überwindung der absoluten Armut für hunderte Millionen Menschen samt der
24 Entwicklung erneuerbarer Energie- und Verkehrssysteme in China. Dies sind
25 Beispiele für die Befreiung von jahrhundertelanger kolonialer und neokolonialer
26 Abhängigkeit von Europa und Nordamerika und den Aufbruch einer um Würde und
27 Souveränität ringenden Bevölkerung, die weder ihre Bodenschätze noch ihre
28 geistige und materielle Schaffenskraft länger für die Profite der Konzerne aus
29 dem „Wertewesten“ zur Verfügung stellen will, sondern für das Allgemeinwohl und
30 für alle Menschen.

31 Gegen diese Bewegung der Multipolarität und Solidarität wendet sich das bis an
32 die Zähne bewaffnete und in Epstein-Dekadenz versinkende US-Establishment mit
33 einer defensiven Aggressivität. So sind die jüngsten, erneut
34 völkerrechtswidrigen verbalen und hybriden Aggressionen der USA gegen Syrien,

35 Kanada und Grönland sowie erst recht gegen Venezuela und den Iran sowie gegen
36 Kuba verzweifelte, brutal-gefährliche Versuche der Rettung eines schwindenden
37 Imperiums. Die Bombardierung des Iran ist auch ein Angriff auf die dortige
38 soziale und demokratische Bewegung, um ein weiteres autoritäres Regime nach
39 Washingtons Willen zu installieren, so wie die USA auch das brutale Apartheid-
40 Regime in Israel ermöglichen, um zu verhindern, dass alle Menschen in der Region
41 friedlich und zum gegenseitigen Nutzen miteinander leben – und sich nicht länger
42 für die geostrategischen Interessen der NATO in der Region spalten lassen.

43 Die ideologische Grundlage dieser „Herrenpolitik“ ist das von Rassismus
44 getragene Recht des Stärkeren, um das Völkerrecht aus den Angeln zu heben. Wir
45 bekräftigen: Die Linke ist und bleibt die Partei des Völkerrechts, wir
46 verteidigen es und setzen uns kompromisslos für seine Verwirklichung ein, auch
47 und gerade in der Bundesrepublik. Die in der UN-Charta von 1945 gefassten
48 Prinzipien sind Ergebnis und Ausdruck des weltumspannenden Kampfes der für
49 Frieden und universelle Menschenrechte ringenden Bevölkerungen und Kräfte der
50 Anti-Hitler-Koalition: Selbstbestimmungsrecht der Völker, Friedensgebot,
51 Gewaltverbot, internationale Kooperation zur Realisierung der Menschenrechte
52 überall. Der von allen geschaffene Reichtum ist dafür längst vorhanden! Im Kampf
53 dafür sind die Menschen der Welt, die 99%, miteinander verbunden. Die jüngsten
54 Beispiele Kuba und Iran belegen: Auch unilaterale Zwangsmaßnahmen (Sanktionen)
55 verschärfen die weltweite Ungleichheit und führen zu ähnlich viel Leid und Tod
56 wie ein Krieg mit Waffen: immer zu Lasten der Bevölkerung. Sie sind mit dem
57 Völkerrecht nicht vereinbar und werden von uns als Mittel der Politik ebenso
58 geächtet wie der Krieg.

59 Weil die Realisierung des Völkerrechts global auf der Tagesordnung steht, wird
60 hierzulande aktuell panisch versucht, es für obsolet zu behaupten: Friedrich
61 Merz erklärte, dass gegen die Islamische Republik Iran „mit dem Völkerrecht
62 offensichtlich nichts zu bewirken“ sei und Ursula von der Leyen brachte die
63 Bezeichnung „Völkerrechtsbruch“ erst gar nicht über die Lippen.

64 Doch unterdessen werden auch die Risse im europäischen NATO-Lager deutlicher.
65 Die spanische Regierung verweigert die Nutzung der Militärstützpunkte für die
66 Kriegführung und selbst der Bundesprediger Frank-Walter Steinmeier musste den
67 Krieg gegen den Iran jüngst als völkerrechtswidrig bezeichnen.

68 Gegen den Nihilismus der alten Welt kämpft Die Linke umso nachdrücklicher dafür,
69 dass die Menschenrechte umgesetzt werden. Arbeit und Nahrung, Bildung und
70 Kultur, Wohnen und Gesundheit sind durch öffentliche Daseinsvorsorge und eine
71 Demokratisierung der Wirtschaft der Ausweg aus der globalen Krise des
72 neoliberalen Kapitalismus. Statt den Gürtel enger zu schnallen, streiten wir für
73 den Ausbau des Sozialstaats und die Überwindung der Schuldenfalle so vieler
74 Länder des globalen Südens. Gegen die durch Trumps Irankrieg erzeugte Inflation
75 setzen wir uns für staatliche Preissetzung für Energie und Lebensmittel,
76 Erhöhung des Mindestlohns und öffentliche Kontrolle der Energiekonzerne ein.

77 Die dem Kapitalismus innewohnende Konkurrenz und Profitsucht sind die ersten
78 Kriegsursachen, internationale Kooperation und die Freundschaft zwischen den
79 Völkern sind die ersten Friedensursachen. Jeder Abrüstungsschritt und jeder
80 Abbau von Feindbildern ist für den Aufbau einer solidarischen Gesellschaft

81 nutzlich. Jeder Euro, der ausgegeben wird, um ein gutes Buch zu kaufen, eine
82 Krankheit zu heilen oder ein hungerndes Kind satt zu machen, kann nicht für das
83 Zerstörungswerk des Militärs ausgegeben werden. Alle Gewalt muss überwunden
84 werden, weil sie den Menschen deformiert: die materielle Gewalt des Militärs,
85 die strukturelle Gewalt der sozialen Ungleichheit, die kulturelle Gewalt der
86 kriegshetzerischen Propaganda sowie Zucht und Drill für das Morden durch den
87 Wehrdienst.

88 Das heißt für Hamburg konkret:

- 89 • Sofortiger Stopp aller Waffenexporte über den Hamburger Hafen
- 90 • Wir werden uns im September der NATO-Übung „Red Storm Charlie“ in den Weg
91 stellen und ihr den Friedenswillen der Zivilgesellschaft entgegensetzen
- 92 • Wir unterstützen alle Bemühungen, Krankenhäuser nicht zu Feldlazaretten
93 umzufunktionieren und befördern eine Kampagne zur Rekommunalisierung der
94 Krankenhäuser für eine umfassende Gesundheit für alle
- 95 • Zivilklauseln verbindlich ins Hochschulgesetz – Wissenschaft für Frieden
96 und in gesellschaftlicher Verantwortung!
- 97 • Wir verstärken das Engagement gegen die Stationierung von US-
98 Mittelstreckenraketen in Deutschland und verbinden dies mit der Forderung
99 nach Abzug aller US-Truppen aus und aller US-Atomwaffen von deutschem Boden
- 100 • (Bundesrats)Initiativen für eine Neuausrichtung der Außenpolitik in
101 Richtung Diplomatie und UN-Charta, für den sofortigen Ausstieg der BRD aus
102 der NATO und für die Beteiligung der BRD am UN-Atomwaffenverbotsvertrag
- 103 • Solidarität mit dem sozialistischen Kuba: Sofortiger Stopp der US-Blockade,
104 humanitäre Lieferungen durch die Bundesregierung

Begründung

Wolfgang Spröte/Harry Wünsche, „Die UNO und ihre Spezialorganisationen“, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1983, S. 47:

„Der Wortlaut der Präambel und des Artikels 1 der UN-Charta, in denen die Ziele und Grundsätze dieser Organisation festgelegt sind, verdeutlichen, welche Interessen der Schaffung der Vereinten Nationen zugrunde liegen, welche Triebkräfte es waren, die zu ihrer Entstehung führten. Zum ersten Mal in der Geschichte des Völkerrechts beginnt ein solch grundlegendes Dokument mit den Worten: „Wir, die Völker der Vereinten Nationen...“

Damit treten diejenigen deutlich hervor, die der UN-Charta ihren demokratischen Inhalt

gaben und auf Dauer auch der Garant für die Verwirklichung ihrer Ziele sind. In der Präambel wird als Hauptaufgabe die Entschlossenheit der Völker der Vereinten Nationen formuliert, künftige Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren, der wiederholt unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat, der Glaube an grundlegende Menschenrechte, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, an die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von großen und kleinen

Nationen erneut bekräftigt sowie der Wille bekundet, Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und Achtung der Verpflichtungen, die auf Verträgen oder anderen

Quellen des Völkerrechts beruhen, aufrechterhalten werden können. Um das zu erreichen, sollen alle

Völker als gute Nachbarn im Frieden miteinander leben, ihre Kräfte vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten und sicherzustellen, daß Waffengewalt nicht zur Anwendung gelangt, es sei denn im Interesse der Selbstverteidigung gegen eine Aggression. Entsprechend dieser Aufgabenstellung sind in Artikel 1 als Ziele der UNO formuliert:

1. den Weltfrieden und die internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu ergreifen, um Bedrohungen des Friedens

vorzubeugen und zu beseitigen und Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken, und alle Streitigkeiten durch die Anwendung friedlicher Mittel zu regeln;

2. freundschaftliche Beziehungen zwischen allen Nationen zu entwickeln, die auf der Achtung des Prinzips der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechts der

Völker beruhen;

3. die internationale Zusammenarbeit bei der Lösung aller internationalen Probleme zu erreichen.“